

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter u. Arbeiterinnen Deutschlands

Nr. 30.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonntags. Preis pro Quartal (nach die Post bezogen) 1 Mk. 50 Pf. Einzelhefte 15 Pf. Geschäftsmitteilungen pro Belegplattene Seite oder deren Raum 25 Pf. Post 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonntags, den 25. Juli 1908.

Verlag: A. J. J. Berg, Hannover, Möncke 5.
Verantwortlicher Redakteur:
S. Schneider, Hannover, Möncke 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von E. V. Meißner & Co., Hannover.

17. Jahrg.

Aus dem Jahresbericht eines Arbeitgeberverbandes.

Der Jahresbericht des Allgemeinen Arbeitgeberverbandes Manheim-Ludwigshafen enthält einige Stellen, die auch für weitere Kreise unserer Mitglieder von Interesse sind. In der Einleitung heißt es:

Der bis zum Herbst letzten Jahres dauernde günstige Stand der Konjunktur bewirkte ein bis weit in den Sommer 1907 hinein anhaltendes Steigen der Arbeiterbewegungen; an denen der Fabrikarbeiterverband den Hauptanteil hatte. Mit dem Wachsen der Industrie und der nach günstiger Entwicklung strebenden gesamten Volkswirtschaft wendeten die Gegenstände zwischen Arbeit und Kapital immer schärfer hervorzutreten und sich heftiger, umfangreicher und intensiver gestalten. Diese Kämpfe werden sowohl Arbeiter wie Arbeitgeber mehr und mehr zum Zusammenstoß in stets fester und mächtiger werdenden Organisationen zwingen, deren beiderseitiges Bestehen dahin gehen wird, Differenzen möglichst auf gutem Wege beizulegen, oder, falls dieser Versuch der Verständigung scheitert, unter Aufwendung aller Kraft den Kampf aufzunehmen und bis zur Erschöpfung einer der beiden Parteien zu Ende zu führen.

Allen im Jahre 1906 haben die gewerkschaftlichen Zentralverbände in Deutschland eine Verkürzung der Arbeitszeit von durchschnittlich 2 1/2 Stunden pro Woche für 339 469 Arbeiter und eine Lohnaufbesserung von durchschnittlich 1,87 Mk. pro Woche für 691 708 Arbeiter (gleich 67 Millionen Mark für das Jahr) erkämpft, ohne die sonstigen Vorteile zu nennen, wie: Verringerung der Fabrikstörungen, Beseitigung der Arbeiterarbeiten, Zuschläge für Ueberstunden und Sonntagsarbeit, sowie den Abschluß vieler Tarifverträge.

Was ist es, das den Arbeiterorganisationen diese gewaltigen Errungenschaften zu erreichen half? Es ist ihre große Opferwilligkeit, ihre Disziplin und ihr Solidaritätsgefühl! Hätte die Arbeitgeberkraft nur einen Teil dieses Geistes in sich, es wäre vieles anders. Diese ständige Spannung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wird mehr durch eine wesentliche Besserung der Lebenshaltung der Arbeiter, noch durch ungünstige Gestaltung der Konjunktur und des Arbeitsmarktes aufgehoben, sie kann aber gemindert werden und eine die Entwicklung der Industrie und der Gewerbe möglichst wenig störende Form erhalten dadurch, daß die mächtigen Arbeiterorganisationen ebenso mächtige Arbeitgeberorganisationen gegenüberstellen, und daß dann diese beiden Faktoren aufstrebende Differenzpunkte beseitigen. Je nach dem Stärkeverhältnis der beiden Parteien und dem Geschick, mit welchem die beiderseitigen Interessen vertreten werden, wird das Resultat der jeweiligen Verhandlungen ausfallen. Einen andern Weg gibt es nicht, diesem ständigen Kriegszustand eine für die Arbeitgeberkraft möglichst schadhafte Form zu geben. Ein lange währender Friede ist nur zu erreichen, wenn er unter Bedingungen abgeschlossen wird, die sich den beiderseitigen Machtverhältnissen, der veränderlichen Lage des Absatzes und dem jeweiligen Stande des Arbeitsmarktes möglichst genau anpassen.

Vorschläge, welche den Arbeitern das Koalitions- und Streikrecht verbieten wollen, können hierbei ebenso wenig ernstlich erwogen werden, wie die Einrichtung staatlicher obligatorischer Schiedsgerichte, deren Spruch für beide Parteien verbindlich wäre. Auch hat die Erfahrung gelehrt, daß es sich vom Arbeitgeberstandpunkte aus nicht empfiehlt, Gewerbegerichte und sonstige Behörden bei Streitigkeiten als Schiedsrichter fungieren zu lassen. Es fehlt leider zurzeit in Deutschland noch an einer genügend großen Anzahl von Personen in beamteter Stellung, welche genügend Kenntnisse und Erfahrung in Bezug auf die Zusammenhänge von Unternehmer und Arbeiter in der Industrie besitzen, um befähigt und berufen zu sein, Streitigkeiten, welche zwischen beiden Parteien ausgebrochen sind, verständlich und sachgemäß zu schlichten. In Ermangelung sachlicher Erfahrung steht der beamtete Schiedsrichter heute meistens auf dem Standpunkte, daß es seine Pflicht sei, für den Arbeitnehmer mehr oder weniger herauszuschlagen. Ein solches Bestreben mag da und dort wohl begründet sein, es kann aber zu ganz schlimmen Ergebnissen führen, wenn der Schiedsrichter vor schwierigen Fällen steht, die er eben mangels seiner praktischen Erfahrung nicht überblicken kann. Nur solche Personen, welche in den Verhältnissen der Industrie und in den Wechselbeziehungen zwischen Arbeitgeber und -nehmer gründlich Bescheid wissen, eignen sich zu Vorsitzenden von Schiedsgerichten.

Der zur Sicherung eines dauernden Friedens von theoretischen Sozialpolitikern vorgeschlagene und auch noch von der Mehrzahl der Gewerkschaften verfolgte Weg des Abschlusses von Einzel- und Korporativen Tarifverträgen, welcher unter den Arbeitgebern immer mehr Freunde zu gewinnen scheint, hat den Vorzug, daß er zur Regelung der Arbeitsverhältnisse eines Betriebes, eines ganzen Gewerbes und eines Bezirkes führt, daß er Ungerechtigkeiten und Ungleichheiten in den Lohn- und Arbeitsbedingungen desselben Betriebes, desselben Gewerbes und desselben Ortes beseitigt, und daß er unter gewissen Voraussetzungen den Betrieb und das ganze Gewerbe für eine teils kurze, teils längere Zeit vor steter Unruhe bewahrt. Sie haben jedoch besonders bei rigoroser Handhabung durch die Gewerkschaften und die Arbeiter den weit größeren Nachteil, daß sie infolge ihrer schematischen Bewertung der Arbeitskraft und Arbeitsleistung des Individuums auf die Arbeitsprodukte außerordentlich verneinend wirken. Von einzelnen Fällen abgesehen, pflegen unter der Herrschaft von Tarifverträgen Qualität und Quantität des Produktes mehr und mehr abzunehmen. Aber auch abgesehen davon sind sie von wirklichem Werte nur da, wo starke Organisationen ihre Durchführung und Aufrechterhaltung garantieren, und sie können sich bei den Arbeitgebern nur dann mehr Freunde erwerben, wenn ihnen eine gesetzliche Grundlage gegeben wird, welche beide Parteien zum Einhalten der vertraglichen Verpflichtungen zwingt. So lange eine solche Basis fehlt, liegt es im Interesse beider Parteien, in den Verträgen selbst durch eine entsprechende Klausel dafür zu sorgen, daß Tarifverträge, sobald sie befristet sind, bei der Auslösung der Tarifverträge aus der Organisation, durch Konventionen, Verpflichtung zum Erlaß von Arbeitsverträgen und dergleichen.

Auch in unserem Verband haben die Tarifverträge, besonders beim Handwerker und den Heimischen, Eingang gefunden; aber auch

große Betriebe haben durch Abschluß von Tarifverträgen besonders für ihre Handwerker beruht, einer steten Verunsicherung vorzubeugen. Jedenfalls ist diese Frage mit aufrichtiger Sorgfalt zu behandeln und überall vor dem Abschluß von Tarifverträgen zu warnen, wo nicht eine starke Organisation dahinter steht.

Die Beschaffung von Arbeitskräften durch den Arbeitgebern ist unbedingt das wichtigste Schuttmittel in den Händen der Arbeitgeber. Er bildet die Zentralfstelle, von der aus infolge der obligatorischen Benutzung durch die Arbeitgeber der Arbeitsmarkt übersehen und geregelt werden kann, von der aus die Arbeiter kontrolliert und den Arbeitgebern nur qualifizierte und empfehlenswerte (d. h.) Arbeiter zugeführt werden. Der Arbeitsnachweis ist infolge seiner engen Berührung mit der Arbeiterschaft aber die beabsichtigten Arbeiterbewegungen am besten orientiert, er kann bei Arbeiterbewegungen vermittelnd eingreifen und bei Streiks und Ausprägungen Arbeitswillige beschaffen. Er kann endlich die bereits organisierten Arbeitgeber noch fester zusammenkitteln und die aufstrebenden Firmen sehr bald zwingen, ihr ablehnendes Verhalten aufzugeben und sich dem Arbeitsnachweis anzuschließen.

Ueber die Verbandstätigkeit heißt es in dem Bericht:

Sowohl in organisatorischer wie akquisitorischer Hinsicht hat das zweite Geschäftsjahr unseres Verbandes sich außerordentlich günstig entwickelt. Seit Abschluß unseres letzten Geschäftsberichts im April vorigen Jahres sind im Jahre 1907 allein 76 Mitglieder mit 2165 Arbeitern beigetreten, so daß der Verband nach Abrechnung der mit Ende letzten Jahres infolge Nichtbezahlung des Beitrages oder Austrittserklärung ausscheidenden Firmen Ende 1907 260 Mitglieder oder 462 Firmen mit etwa 34 000 Arbeitern umfaßt, gegenüber 205 Mitgliedern mit etwa 32 000 Arbeitern im Frühjahr 1907.

Soviel aus dem Bericht. Interessant ist ganz besonders die Stelle im Absatz 2, wo zugegeben ist, daß die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit immer schärfer hervortreten. Wir konstatieren gern dies Zugeständnis, befürchten aber, daß es bei den Arbeitgebern, die doch immer von der Harmonie der Interessen zwischen Kapital und Arbeit schwärmen, keine Freude erwecken wird. Auch die aus dieser Wahrheit gewonnene Schlussfolgerung wird nicht nach dem Herzen derer sein, die die Organisationen der Arbeiter für das Nachwort einzelner „Hezer“ halten und ihnen mit Hilfe der gelben Verrätergarde den Garaus machen wollen. Die Anerkennung der, selbst nach dem Unternehmerbericht gewaltigen Errungenschaften der deutschen freien Gewerkschaften in dem nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Jahresbericht nicht wiederum recht angenehm ab von der in der Öffentlichkeit von den Unternehmern und ihren Verbündeten so eifrig verbreiteten Lüge, die Gewerkschaften nützten den Arbeitern nichts. Hoffentlich bleiben die Herren nunmehr bei der Wahrheit und unterlassen es, die Ergebnisse der Gewerkschaften aus der Welt zu lägen. Daß die Opferwilligkeit, Disziplin und das Solidaritätsgefühl der Arbeiter gelobt wird, ist ebenfalls eine Abweichung von der allgemeinen Beurteilung dieser Eigenschaften durch die Arbeitgeberverbände. Dessen wird nämlich immer geschimpft auf die verführten, betörten, verblendeten, irregleiteten Massen. Sehr erfreulich ist ferner, daß der Arbeitgeberverband Vorschläge, die den Arbeitern das Koalitions- und Streikrecht nehmen wollen, verwirft. (Ober sind ihm etwa die Trauben nur zu sauer, weil sie etwas zu hoch hängen?) Das Mißtrauen in die Schiedsgerichte ist bezeichnend. Die Herren wissen eben, daß die Forderungen der Arbeiter in der Regel nur zu berechtigt sind und deshalb von einem wirklich unparteiischen Schiedsgericht fast nie ganz abgewiesen werden können. Daß der Arbeitsnachweis in den Händen der Unternehmer nicht der Arbeitsvermittlung dienen, sondern als Maßregelungsbureau fungieren soll, war uns ja schon bekannt, immerhin registrieren wir auch diese neue Bestätigung unserer Auffassung. Die weitere Mitteilung, daß er auch als Spionagetätigkeit gebraucht werden soll, mögen unsere Kollegen beachten und entsprechende Maßnahmen treffen.

Die Lebenshaltung der Arbeiter in Deutschland und England.

Der britische Handelsamt hat ein offizielles Selbstbuch veröffentlicht, in dem eingehende Untersuchungen und Vergleiche über die Lohn- und Lebensverhältnisse der Arbeiter in Deutschland und England angestellt werden. Zu dem Zwecke sind dreizehn deutsche Industriestädte mit einer Gesamtbevölkerung von 9 Millionen zum Gegenstande der Untersuchung gemacht und über 5000 Haushaltungsbudgets von Arbeiterfamilien gesammelt worden. Die Vergleiche sind, obwohl sie sich nur auf Nahrung, Heizung und Wohnung beziehen, äußerst interessant. Wir geben nachfolgend einige Resultate derselben wieder:

Die Mietpreise der Arbeiterwohnungen in Deutschland verhalten sich zu den Mietpreisen englischer Arbeiterwohnungen wie 123 zu 100. Das heißt, die deutschen Arbeiterwohnungen sind im Durchschnitt um 23 Prozent höher als die englischen.

Die Kosten für daselbe Quantum Nahrung und Heizung sind in Deutschland um 18 Prozent höher als in England.

Die Ausgaben für Wohnungsmiete, Nahrung und Heizung der deutschen Arbeiter verhalten sich zu den Ausgaben der englischen Arbeiter wie 119 zu 100.

Der wöchentliche Geldlohn der deutschen Industriearbeiter verhält sich zum Wochenlohn der englischen Arbeiter derselben Berufs wie 83 zu 100.

Die durchschnittliche Zahl von wöchentlichen Arbeitsstunden der deutschen Arbeiter verhält sich zur wöchentlichen Arbeitsstundenzahl der englischen Arbeiter wie 111 zu 100.

Die durchschnittliche Stundenlohn-Rate der deutschen Arbeiter verhält sich also zum Stundenlohn der englischen Arbeiter wie 75 zu 100.

Vergleicht man also die Lage des deutschen Arbeiters mit der des englischen, so ergibt sich, daß der deutsche Arbeiter im Durchschnitt um 17 Prozent weniger Geldlohn erhält und für diesen um 11 Prozent länger zu arbeiten hat als sein englischer Genosse, und obendrein noch um 23 Prozent höheren Preis für seine Lebensbedürfnisse (Wohnung, Nahrung und Heizung) zu bezahlen hat als der englische Arbeiter. Mit andern Worten: für dieselbe Zahl von Arbeitsstunden, für welche der englische Arbeiter einen Geldlohn von 100 Mark erhält, erhält der deutsche Arbeiter bloß 75 Mk.; der deutsche Arbeiter hat für seine Nahrung und Heizung, welche ihn in England 100 Mk. kosten würde, 118 Mk. zu bezahlen; er hat für seine Wohnung eine Miete von 123 Mk. zu bezahlen, wo er in England bloß 100 Mk. zu bezahlen hätte.

Damit ist aber noch nicht alles gesagt. Nicht nur sind die Arbeitszeit des deutschen Arbeiters länger, sein Arbeitslohn geringer, seine Lebensmittel und Wohnung teurer als die des englischen Arbeiters, sondern auch die Wohnungsverhältnisse und die Qualität der Nahrungsmittel des deutschen Arbeiters sind viel schlechter als die seines englischen Genossen derselben Klasse und Stufe.

Die deutsche Arbeiterklasse — so sagt das angeführte Selbstbuch — bewohnt fast ausschließlich große Mietskasernen, welche häufig um einen Hof herumgebaut sind und deren jede aus einer Anzahl selbständiger Gebäude besteht. Der englische Arbeiter hingegen mietet in der Regel ein kleines separates Haus. In Deutschland bestehen die Arbeiterwohnungen meistens aus 2 bis 3 Stuben; in England sind Arbeiterwohnungen von 4 bis 5 Stuben vorherrschend.

Was den Preis der wichtigsten Konsumartikel betrifft, so gibt die folgende Aufstellung ein deutliches Bild der Verhältnisse der beiden Länder. Wenn wir die auf England bezüglichen Preise in allen Fällen mit 100 bezeichnen, so standen im Oktober 1906 die Preise in Deutschland wie folgt:

| | |
|-----------------|-----|
| Zucker | 119 |
| Butter | 105 |
| Kartoffeln | 88 |
| Weizen | 140 |
| Milch | 75 |
| Rindfleisch | 122 |
| Lammfleisch | 137 |
| Schweinefleisch | 123 |
| Speck | 123 |
| Rohle | 124 |
| Petroleum | 135 |

Also mit Ausnahme von Kartoffeln und Milch sind sämtliche wichtigen Lebensmittel in Deutschland bedeutend teurer als in England.

Der Bericht enthält noch eine Menge höchst lehrreichen Materials, insbesondere in Bezug auf die einzelnen großen Städte, welches sich jedoch in dieser kurzen Uebersicht nicht wiedergeben läßt. Aber auch die obigen Zahlen beweisen unüberleglich, daß die deutschen Arbeiter in Bezug auf Arbeitsdauer, Arbeitslohn, Wohnungsverhältnisse und allgemeine Lebenshaltung viel tiefer stehen als die arbeitenden Klassen Großbritanniens.

Zum Verbandstag.

Kollege Kuchler bringt in Nr. 24 d. Ztg. einen Artikel gegen die Erhöhung der Beiträge und den Ausbau der Unterstützungsanstalten. Er begründet seine Abneigung gegen die „Plästerchen“ damit, daß unsere Organisation verfaßt und den Charakter einer Kampfsorganisation mehr und mehr einbüßt. Als Beweis dafür bringt Kollege Kuchler einen, bereits von der Redaktion korrigierten Zählenspiegel. An diese Korrektur will ich nichts mehr anfügen; was daran fehlt, kann der Kollege in Nr. 25 d. Ztg. auf Seite 113 nachlesen. Nur eins möchte ich hierbei bemerken: Im Jahre 1904 (eine jüngere Statistik steht mir leider nicht zu Gebote) betragen die Ausgaben der englischen Gewerkschaften für Reisen und Arbeitslosenunterstützung, bei fast gleicher Mitgliederzahl gegenüber den deutschen, fast das Vierfache der für den gleichen Zweck in Deutschland ausgegebenen Summe, während die Ausgaben für Streiks um über 5 Millionen geringer sind als bei uns. Danach wäresten nun die englischen Arbeiter schon jeden Sinn für den Kampf verloren haben, umso mehr, wenn man bedenkt, daß auch die Genossenschaftsbewegung (bekanntlich auch ein politisches Schlafrmittel nach Ansicht der alten Kapitalisten) in England die deutsche um ein Gewisses übertrifft. Und doch sind gerade jetzt die englischen Arbeiter bemüht, durch Schaffung einer eigenen parlamentarischen Vertretung sich zu ihren wirtschaftlichen Kämpfen den Rücken zu stärken. Und gar die englischen Frauen, die doch alle Ursache hätten, auf ihrem durch Konsum- und Produktivgenossenschaften nebst den angeführten Unterstützungen wohlgefüllten Geldbeutel zu schlafen, sie gehen den deutschen, speziell den preussischen Arbeitern und ihren Frauen im Kampfe ums Wahlrecht mit leuchtendem Beispiel voran.

Kollege Kuchler ist, wie leider noch viele unserer Veteranen, der Ansicht, daß es sich mit leerem Magen und idealem „Kirchhofspolitik“ besser kämpft, als mit der Aussicht, für alle Fälle materiell soweit gesichert zu sein, daß Glendebilder, wie sie bei früheren Kämpfen in Erscheinung traten, heute eben der Vergangenheit angehören oder auf das Konto wirtschaftlicher Krisen kommen. Die Psychologie der Volkstheorie ist die: Man kann wohl mit einer aus Idealsinnus kämpfenden Kasse schnelle und aberzählende Siege erringen, aber keinen, der Natur der Sache nach langwierigen, durch Generationen währenden aufreißenden Kampf führen. Dazu gehört eine solide materielle Grundlage. Angenommen z. B., wir zählten heute 9 Mk. 18 Pf. Arbeitslosenunterstützung, so würden wir damit ohne Streit die am schlechtesten bezahlenden Betriebe zwingen, mindestens daselbe an Lohn zu zahlen oder sie würden nur sehr schwer Arbeiter bekommen. Keiner Ueberzeugung nach müßten wir die Unterstützungsanstalten noch viel mehr ausbauen; es zehren noch sehr viele kapitalistische Parasiten am Mark des Volkes die wir als

zu viel Bewegungsfreiheit haben, die bei dem mangelhaften Gleit-
anlagen zum Umklappen führen muß. Ebenso würden an einem
Wagen zwei große und zwei kleine Räder benutzt, die den Boden
nach der vorderen Seite überhängen lassen. Ganz besonders
ist zu bemerken, daß die Stößbollen der Wagen durchgehend
zu kurz sind, so daß der Raum zwischen den einzelnen Wagen zu
gering ist. Die Seitenwände stehen zu allem Überfluß noch so weit
über, daß verhältnismäßig nur eine Leertang von 70 Millimetern
breite bleibt. Der Arbeiter, der die Wägen zu bedienen hat, kann
sich infolge dessen beim Umklappen der Wagen, nach nicht einmal durch
Abbringen retten, er ist, zwischen den Wägen eingeklemmt, seinem
Schicksal überlassen. Hier bietet sich für die Gewerkschaft ein
rechtliches Mittel. Sämtliche Läger für die Wägen sind nicht
entgegen diesen Verhältnissen einer gründlichen Revision zu unterziehen,
bevor er noch weitere Opfer fordert.

Dieser Unfall ist geeignet, den dortigen Biegeleisearbeitern deutlich
vor Augen zu führen, wie wichtig der Arbeiter dem Unternehmer
gegenüber steht, wie er von dem Unternehmer mißachtet wird,
wenn er diesem das tägliche Brot verdienen muß. Nicht nur die
Verstärkung und Gesundheit, sondern schließlich werden von ihm auch
aus Knochen und Leben gefordert. So lange die dortigen Arbeiter
aber ihre Gesundheit und ihr Leben selbst nicht höher einschätzen und
ihre Knochen für ein paar kleine Groschen zu Markte tragen, können
sie von den Biegeleisearbeitern auch keine bessere Behandlung erwarten.
Wägen für sich selbst achten lernen und ihrer Arbeiterpflicht nach-
kommen, dann wird ihnen auch von dem Unternehmer mehr
Achtung entgegengebracht werden.

Streiks oder Aussperrungen

bestehen in **Stettin, Bremen und Guben.**

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in
Schwerden, Frankenthal (Pfalz), Mannheim, Güstrow und Gießfurt.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzu-
halten.

Meißen. Im März vorigen Jahres wurde bekanntlich
zwischen den hiesigen Osenfabrikanten und der dort beschäftigten
Arbeiterchaft, bezug der Leistung des Fabrikarbeiterverbandes ein
Tarifvertrag abgeschlossen. So auch in der Sachsischen Osen-
und Schmelzwarenfabrik. Hier wurde der Vertrag unklügelbar auf
2 Jahre und zwar bis zum 15. Februar 1909 abgeschlossen. Nun
wird jetzt, nach kaum fünfviertel Jahren, von seiten der Direktion
der Versuch gemacht, durch neue Abordnungen den bestehenden
Tarif zu umgehen, bezug außer Kraft zu setzen. Dies wird in einer
Weise betrieben, die geradezu Erbitterung in die Arbeiterchaft tragen
muß. Nach der bekannten Devise: „Wer sich nicht fängt, der fliegt!“
werden in der Werkstatt kommenden Arbeiter die neuen Abordnungen
aufgelesen. Die Fabrikation geht vorwärts, die Produktion ist ge-
stiegen, sagt man den Arbeitern und glaubt damit ein berechtigtes
Vorgehen zu rechtfertigen. Die Arbeiter sind doch wohl die all-
erstem, die, wenn die Produktion derart gestiegen ist, daß mit der
alten Arbeitsweise absolut nicht mehr auszukommen ist, nicht mit
sich reden lassen, aber ein Vorgehen, wie es in dieser Frage von
seiten der Direktion beliebt wird, verdient die schärfste Zurückweisung.
Man hätte doch wohl zum mindesten erwarten können, daß die
Direktion bei der Ausgestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen
loyalerweise die in Frage kommenden Arbeiter zugezogen hätte.
Aber nichts von alledem! Da werden die Arbeiter auf den Ober-
boden geladen und dort wird ihnen von der Direktion und dem
Vorarbeiter feierlich erklärt, daß am nächsten Morgen in Abord-
nung gerufen wird. So, man geht noch einen Schritt weiter, indem
man sogar noch die Abordnungen den Arbeitern vorliest, und nun
glaubt man, damit die Angelegenheit erledigt zu haben. Ob die
Arbeiter einverstanden sind, ob sie mit den neuen Vereinbarungen
zufrieden sind, ob sie überhaupt gewillt sind, in Abord zu arbeiten,
da sie bis jetzt in Stundenlohn beschäftigt wurden, was kümmert
das alles die Direktion! Danach haben die Arbeiter doch gar nicht
zu fragen! Sie sollen nur die Befehle der gestrigen Herren Vor-
gesetzten ausführen und im übrigen haben sie den Mund zu halten,
denn: „Wer sich nicht fängt, der fliegt!“ Einige Arbeiter, die sich
nicht dem Willen des Direktors fügen, steckt man auf den Hof, wo
so dort einmal besonders schwere Arbeit leisten zu lassen (wahr-
scheinlich zur Strafe). Dem Herrn Hofmeister scheint es ein be-
sonderes Vergnügen zu bereiten, wenn er sehen kann, wie sich die
Arbeiter schinden müssen, wenigstens über die „Strafarbeiter“ muß
er sich, seinem lachenden Gesicht nach zu urteilen, lächeln mühen
haben, als diese Leute sich mit den 1/2 Zentner schweren Säcken
herumplagen müssen. Wie wäre es denn, Herr Hofmeister, wenn
Sie diese Arbeit für 27 Pfg. pro Stunde auch einmal versuchten?
Da es aber trotz dieser Strafarbeit nicht gelungen ist, die betreffenden
Arbeiter unterzukriegen, so hat man sie ganz einfach kündigungslöslich
auf das Strafbauwerk geworfen! Glaubt die Direktion vielleicht,
durch ein derartig schroffes Vorgehen die Arbeiter einzuschüchtern?
Von seiten der Arbeiterchaft ist alles versucht worden, um eine
friedliche Verständigung herbeizuführen. Der von den Arbeitern ge-
machte Vorschlag, daß eine Kommission in Gemeinschaft mit dem
Arbeiterausschuß und der Direktion in Verhandlungen eintreten
sollte, um auf diese Weise ein für beide Teile befriedigendes Re-
sultat zu gewinnen, wurde von der Direktion strikte abgelehnt. Es
soll eben zu den von der Direktion vorgeschlagenen Abordnungen
gearbeitet werden, und wenn dann die Direktion zu der Ueberzeugung
gelangt, daß die Sätze zu niedrig sind, so soll gnädigst etwas auf-
gehohlet werden. Wir erklären nochmals: die in Betracht kommenden
Arbeiter verlangen eine Ausprägung mit der Direktion über die
neuen Abordnungen. Wird dieses von der Direktion zugelassen, dann
hoffen wir bestimmt auf eine friedliche Beilegung der Angelegenheit.
Sollte aber die Direktion nicht darauf eingehen, sondern das be-
scheidebene Verhalten der Arbeiter unberücksichtigt lassen, nun, dann müssen
eben von der Arbeiterchaft auch stärkere Mittel angewendet werden,
und ob das im Interesse der Firma liegt, steht auf einem andern
Blatte! Vor allen Dingen ersuchen wir, Zugang nach Meißen bis
auf weiteres fernzuhalten.

Stettin. Der „Vulkan“ hat für Sonnabend, den 18. Juli,
die Schließung des Betriebes verfügt, weil die Rieter, die schon seit
Anfang Mai regelmäßig täglich 1 1/2 Ueberstunden arbeiten müssen
nun eine Regelung und event. Herabminderung dieser Ueberstunden
nachgeschickt und, weil das nicht zugestanden, die Ueberstunden per-
meigert haben. Die Direktion behauptet, die Arbeit wäre dringend,
die Ueberstunden müßten gemacht werden. Wie man mit der drin-
genden Arbeit die Aussperrung vereinbaren will, ist allerdings
ein Rätsel. Verhandlungen mit den Arbeitern hat die Direktion
abgelehnt.

Langerwände. Bitter gerächt hat sich die Organisations-
losigkeit bei den Arbeitern der hiesigen Kaugummiwerke, die ohne den
Rückhalt einer Organisation in den Streit getreten waren. Von 48
Beteiligten waren 5 organisiert. Der Streit stand am ersten Tage
durchaus günstig, da es aber den Streikenden an der nötigen Aus-
dauer und vor allem an Erfahrung und Disziplin fehlte, mußte der
Streik nach 9-tägiger Dauer ergebnislos beendet werden. Die
Firma scheint jetzt ebenfalls noch Nachse nehmen zu wollen, denn sie
sucht in den Zeitungen Arbeiter, obwohl keine Arbeiter im Betriebe
fehlen. Hoffentlich lernen die Arbeiter aus dem Ausgange dieses
Kampfes und schließen sich dem Verbands an, damit sie in Zukunft
besser gerüstet sind.

Geschäfts-Bericht des Gaus 4

vom 1. Januar 1908 bis 30. Juni 1908.

Die wirtschaftliche Depression machte sich auch in unserm Gau
recht fühlbar. Trotzdem war die Zahl der Lohnbewegungen auch in
diesem Halbjahr nicht gering. In Rücksicht auf die Wirtschaftslage
mußten wir sehr vorsichtig operieren, in mehreren Orten sogar geplante
Bewegungen zu einem günstigen Zeitpunkt zurückstellen. Die

Kollegen waren in den meisten Fällen — nicht im engeren — ein-
seitig genug, sich mit der Durchsetzung einzelner Forderungen zu erklären.
Neben die erklärten Bewegungen geben wir nachstehend einen kurzen
Bericht:

Stettin. Hier machten die Herren Bauunternehmer einen
Angriff. Unter an Bauten beschäftigten Mitglieder hatten bis dato
einen Stundenlohn von 28 bis 37 Pf. Nun „legalisieren“ die
Bauunternehmer die Abgabe, indem man schließlich die Abgabe auf
28 Pf. die Stunde herabsetzte. Unsere Kollegen wollten sich dies nicht
gefällen lassen und traten in einen Abwehrkampf ein. Nach sieben-
wöchentlichem Kampfe mußte dieser Abwehrkampf abgebrochen werden,
ohne den Lohnabzug abgelehnt zu haben. Bei passender Ge-
legenheit werden wir uns mit den Unternehmern zusammenfinden.
Die beiden Kompartimentarbeiter, welche nun in guten Stellen circa
300 Arbeiter zusammen beschäftigt sind, suchten die hiesige Zeit als
Anlaß zu einem Lohnabzug. Es wurden sämtlichen Arbeitern und
Arbeiterinnen 4 Prozent abgezogen. In Betriebsversammlungen
nahmen wir dazu Stellung, da die Organisation besonders in dem
einen Betriebe zu schwach war, konnten wir gegen jenen Abzug nichts
unternehmen.

Stettin. Bei den Schneidemühlener Arbeitern in Köslin herrschte
unzufriedenheit über Lohn- und Arbeitszeit. Mit diesem Zustande
auszukommen war notwendig. Wir reichten deshalb bei jenem
Schneidemühlenerbesitzer, der bis dato die schlechtesten Lohn- und Ar-
beitsverhältnisse in seinem Betriebe hatte, eine Forderung auf Bege-
hung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein. Der Unternehmer erklärte,
er könne allein nicht verhandeln, er müsse erst seine Kollegen fragen.
Er versprach dann, unserer Forderung, eine gemeinsame Sitzung mit
den sämtlichen Schneidemühlenerbesitzern zu arrangieren, nachzukommen.
Es haben denn auch mehrere gemeinsame Sitzungen stattgefunden.
Schon in einer der ersten Sitzungen drohte ein Unternehmer uns
mit einer allgemeinen Aussperrung sämtlicher Arbeiter von Köslin,
falls wir uns nicht einigten würden. Wir machten darauf aufmerksam,
daß seit 1901 und 1903 die Stellen sich gewaltig geändert hätten,
worauf der Herr schwieg. Es wurde dann ein Tarifvertrag be-
stehen, in dem die Unternehmer das Wort „täglich“ absolut mit auf-
genommen wissen wollten. Nachdem ihnen mitgeteilt worden, daß
die Vertreter der Bauunternehmer bei den Verhandlungen in Berlin
das Wort „täglich“ auch fallen gelassen hätten, hielten die Herren
es auch nicht mehr aufrecht. Entschieden ablehnend verhielten sie
sich auch gegen eine Verkürzung der Arbeitszeit. Schließlich gaben
sie auch hierzu nach, indem dieses Jahr eine halbe Stunde den
Tag weniger gearbeitet wird, und im nächsten Jahr eine Stunde
den Tag. Ferner wurden die Lohnsätze für dieses und nächstes Jahr
geregelt und erhöht; auch die Renten werden für die Zukunft be-
zahlt, falls in den Pausen gearbeitet werden muß. Es wurde ein
Tarif auf 2 Jahre abgeschlossen. Neben wir einige Jahre zurück,
so waren es gerade jene Herren, mit denen wir tarifliche Verein-
barungen getroffen haben, die jegliche Verhandlung mit der Organi-
sation ablehnten. So ändern sich die Zeiten! Bei dem Unter-
nehmer Schawert wurde der Tarif gekündigt, ein neuer jedoch
nicht abgeschlossen, weil der Unternehmer neue Zugeständnisse nicht
machen wollte. In der Zeitschrift von Leipzig kam es zu einer
kurzen Arbeitsniederlegung. Es sollten die Abordnungen reduziert
werden. Nach einer Verhandlung mit dem Besitzer wurden jedoch
die alten Sätze weiter bezahlt. Wir waren dann noch an einigen
Lohnstreiks beteiligt, die aber nach wenigen Tagen zugunsten
der Arbeiter beendet wurden.

Stettin. In der Steinschleiferei von Schilling war der
Tarif gekündigt worden. Nach mehrmaligen Verhandlungen mit dem
Besitzer kam es zum Abschluß eines neuen Vertrags. Die darin
vereinbarten Lohnhöherungen treten aber erst mit dem 1. Januar 1909
in Kraft.

Güstrow. Die Arbeiter der Zuckerfabrik (Chemische Fabrik)
haben infolge ihrer Organisationslosigkeit eine kleine Lohn-
erhöhung erhalten. Zu dem Geschäftswert des Herrn Martini kam
es mehrere Male zu Differenzen. Jener Herr hat mit dem Metall-
arbeiterverband und uns einen Tarif abgeschlossen, worin nichts von
Arbeitszeit steht. Diesen Tarif suchte der Unternehmer durch Ein-
führung der Akkordarbeit zu umgehen, obgleich nicht die geringsten
Vorrichtungen dazu vorhanden sind. Auch wurden ältere Arbeiter
gemäßregelt, wenn sie nicht in Akkord arbeiten wollten. Alle Vor-
stellungen nützten nichts, und so kam es zur Arbeitsniederlegung, die
zurzeit noch dauert. In einem Holzbearbeitungsbetriebe reichten wir
mit den Holzarbeitern zusammen Forderungen ein resp. ließen sie
durch einen Arbeiterausschuß der Firma überreichen. Doch es kam
nicht zur Verhandlung, weil der Firmeninhaber erklärte, daß er die
Forderungen nach der Inventurabnahme bewilligen wolle.

Stettin. Die Tarife mit den Zeigeleisearbeitern wurden ge-
kündigt, in den neuen Tarifen aber nur geringe Verbesserungen
erreicht. In einem Betriebe kam es zwischen Weistern und Bieglern
zu Differenzen, welche aber bald zur beiderseitigen Zufriedenheit er-
ledigt wurden.

Stettin. Die Arbeiter der Zementfabrik von Sperling
kündigten den Tarif. Zum Abschluß eines neuen ist es noch nicht
gekommen, die Kollegen arbeiten unter den alten Bedingungen, aber
ohne Tarif weiter. Bei der Zementfabrik von Meißel reichten die
Kollegen Forderungen auf Lohnerhöhung usw. ein. Jene Kollegen,
die die Forderungen unterzeichnet hatten, wurden gemäßregelt. Da
die Lohnerhöhung abgelehnt wurde, kam es zur Arbeitsniederlegung,
die noch nicht zu Ende geführt ist. Die Arbeiter der chemischen
Fabrik kündigten in diesem Jahre ihren Tarif nicht, derselbe läuft
somit ein Jahr weiter. Diese Kollegen bestanden es, sich den Ver-
hältnissen anzupassen.

Bonnenerdorf. Hier waren es die Kollegen der chemischen
Fabrik, welche den bestehenden Tarif kündigten. Da die Kollegen in
wenig wichtiger Weise operiert hatten, die Kündigung des Tarifs,
die ohne Wissen und Willen des Vorstandes erfolgte, auch schon ein
Fehler war, konnten wesentliche Verbesserungen bei Abschluß des
neuen Vertrags leider nicht erzielt werden.

Bönigsberg. In einer Seifenfabrik reichten die Kollegen
Forderungen ein. Die Forderungen führten zu einem Streit und
der Streit zu einer Niederlage. Streik und Niederlage hätten ver-
mieden werden können, wenn nicht durch Preisnotizen in die Be-
wegung hineingepfuscht worden wäre.

In Wolgast sind die drei Lohnsätze nicht gekündigt und
laufen somit ein Jahr weiter.

Remel. Auf einer Schneidemühle legten die unorganisierten
Arbeiter die Arbeit nieder, weil sie mehr Lohn haben wollten. Unsere
Kollegen gingen mit aus dem Betriebe. Nach einigen Tagen mußte
die Arbeit wieder aufgenommen werden, weil die Mehrzahl unorgani-
siert war.

Wolgast. In der Wolgaster Holzindustrie kam es in der einen
Abteilung zum mehrtägigen Streit, weil der Direktor Akkord einzu-
führen versuchte, wobei die Leute aber nichts verdienen konnten. Die
Akkordarbeit wurde zurückgezogen und wieder in Lohn gearbeitet.
Derselbe Direktor schloß später mit uns einen Tarif ab, wodurch die
Kollegen einige Pfennige die Stunde mehr verdienen, auch wurde
die Sonntagsarbeit und Nebenarbeit geregelt. Wenn uns ein Betrieb
in diesem Jahr zu schaffen gemacht hat, dann war es die Wolgaster
Zementfabrik. Es erübrigte sich wohl, noch einmal den ganzen Ge-
gang zu schildern. Der dreijährige Kampf hat uns den
Erfolg gebracht, daß den Kollegen jetzt nichts mehr in den Weg gelegt
wird, wenn sie sich organisieren wollen.

Remel. Für unsere Neustettiner Kollegen, soweit sie an
Bauten und Kunststeinfabriken beschäftigt sind, reichten wir wieder
die im vorigen Jahre zurückgestellten Forderungen ein. Auch in diesem
Jahre scheint man nichts bewilligen zu wollen. Während oder im
vorigen Jahre Verhandlungen überhaupt abgelehnt wurden, haben
wir in diesem Jahre die Herren soweit bekommen, sich mit uns in
Verhandlungen einzulassen. Die Verhandlungen schweben zurzeit noch.

In allgemeinen müssen wir sagen, daß die Erfolge in diesem Halb-
jahr wohl recht erfreulich sind, aber doch hinter denen des Vorjahres
zurückstehen; eine Folge der Krise. Eins können wir uns Freunden
leisten: Es ist trotz der wirtschaftlichen Niedergänge gelungen, das,
was im vorigen Jahre durch Tariserzungen und festgelegt wurde,
zu erhalten, zum Teil noch zu verbessern. Die Krise hat uns nicht
nur nicht zurückgeworfen, nein sie hat uns nicht einmal zum Still-

stand gezwungen, sie hat nur unsere Vormarsch verlangsam. Das
ist ein glänzender Beweis für die Stärke und Leistungsfähigkeit, für
den wachsenden Einfluß des Verbandes.

M. Wiefenbäcker.

Korrespondenzen.

* **Büch. i. B.** Unter Nr. 27 des „Proletarier“: „Konferenz
der fränkischen Zahlstellen“ konnte es die Redaktion nicht unterlassen,
dem Schreiber des Artikels ein auszusprechen. Unter anderem heißt
es: „Wir kommen dem Beschluß nach und unterbreiten den Mit-
gliedern die weiterführende Aufgabe, daß im Bereich der fränkischen
Zahlstellen bisher zu wenig geschehen und daß in Zukunft mehr ge-
schehen soll.“ Als Vorsitzender jener Konferenz sehe ich mich ber-
eignet, einige Worte zur Nachschrift der Redaktion zu schreiben.
Erstens ist mir nichts bekannt, daß ein Verbandsratsbeschuß vor-
liegt, der bestimmt, daß Zahlstellenkonferenzen nach und nicht vor dem
Verbandsrat stattfinden sollen. Ein Beschluß, der die Gattung be-
trifft, liegt vor. Ferner heißt es: „Ueber das Wie und Was zu
beraten, hat die Konferenz wahrscheinlich nicht Zeit gehabt, hopen-
tlich erfahren wir das zu gelegener Zeit, denn das ist wichtiger,
wie der ganze Bericht.“ Nun, ich will hier lediglich damit dienen.

Wenn der Schriftführer jener Konferenz in seinem Bericht nur
Andeutungen gegeben hat, so mag das daran liegen, daß etwas
Rückblick gegen den Gau-vorstand, sowie gegen den Gauleiter ge-
nommen wurde. Seit Bestehen der fränkischen Zahlstellen, ungefähr
6 Jahre, hat die Agitation lediglich den einzelnen Zahlstellenleitern
überlassen. Wenn nicht unsere Mitglieder aus dem „Proletarier“ sehen
würden, daß auch bei uns ein Haupt-... existiert, so würden die
meisten überhaupt nicht, daß ein solcher vorhanden ist. Wenn weiter
der Kollege Wrey, noch irgend ein Mitglied aus dem Gauvorstand
hat sich bis jetzt noch in die fränkischen Zahlstellen verwickelt. Was
unsern Gauleiter anbelangt, so muß zugegeben werden, und das
hat auch die Konferenz anerkannt, daß er in den ersten Jahren seines
Regierungsamtes sein möglichstes geleistet hat in bezug auf Agitation.
Wenn das jetzt nicht mehr in dem Maße geschieht, so mögen zwei
Faktoren hier mitspielen. Erstens ist Kollege Stammer in der Zahl-
stellen-Wänden stark in Anspruch genommen, zweitens hat man die
unangelegte Mäßigkeit von oben nicht zugelassen. (?) Nun zu
den praktischen Vorschlägen. In Mittelfranken besteht ein ausge-
dehntes Agitationsfeld für uns. Eine ganze Anzahl chemischer Fab-
riken, Ziegeleien, Zementfabriken, Metallzweierien usw. bedürfen
noch der Organisation. Es war uns bis jetzt nicht möglich, in der-
selben größeren Industrieorten Fuß zu fassen, und das liegt
daran: Erstens weil der Gauvorstand viel zu knauserig ist in bezug
auf finanzielle Unterstützung. Unsere Agitation kostet Geld. Wenn
einmal ein Referat gehalten wird, damit ist nicht gebent, wenn dann
nicht weiter gearbeitet werden kann. Zweitens fehlt es an den
agitatoren Kräften. Ist es gelungen, in irgend einem Industrieort
eine agitatorische Kraft zu entdecken, hat der betreffende das Zeug
dazu und gibt sich als Vertrauensperson her, so bleiben die Folgen
nicht aus: der betreffende wird gemäßregelt. Hier ist es wieder der
Gauvorstand, der dann mit der Gemäßigtemunterstützung knauserig.
12 Mt. Unterstützung, gleichviel, ob der betreffende 30 oder 35 Mt.
verdient. Daß unter diesen Umständen die meisten wieder die Hände
ins Rock werfen, ist begreiflich, und ein weiterer gibt sich überhaupt
nicht mehr dafür her. Die Mitgliederzahl geht wieder zurück oder
verschwindet ganz. Dann wird vielleicht nach einem Jahr die
Agitation von neuem betrieben, und in den meisten Fällen ist es
dann schwer, wieder Fuß zu fassen. Wenn vielleicht eingeworfen
wird, zur Agitation ist der Gauleiter da, so sei bemerkt, daß mit
einem bloßen Referat allein nichts gebent ist, hier heißt es, beständig
dahinter sein, wollen wir auch Fortschritte zu verzeichnen haben.
Das ist das Wie und Was (??), das die Konferenz besprochen hat,
um erfolgreiche Agitation betreiben zu können.

J. A. Koch,
Vorsitzender der Agitationskommission.

* **Söck.** Ueber Krise und Organisation referierte Gen. G. H. L. e. r.
Frankfurt in einer vom Fabrikarbeiterverband Höchst in Rodenhausen
einberufenen öffentlichen Versammlung. Die Arbeiter der Staniol-
fabrik Oppheim waren fast alle vertreten. Zu dem starken Besuch
hatte das Verdanken der Inhaber der Staniolfabrik sehr viel beigetra-
gen. Die Firma hatte den Arbeitern vor einiger Zeit 10 Proz. a.
Lohnreduzierung in Aussicht gestellt. Die Arbeiter waren
damals einmütig diese Zumutung zurück und schloffen sich der Orga-
nisation an. Letzteres scheint der Firma ein Dorn im Auge zu sein
und sie versucht auf Umwegen ihr Ziel zu erreichen, indem sie durch
Einstellung von Italienern die einheimischen Arbeiter drückt und
dadurch ihrem Willen genügt machen will. Der schlechte Geschäfts-
gang, so hieß es damals, bedinge die Lohnreduzierung. Daß dem
nicht so ist, beweist der Umstand, daß die Firma den langjährigen
Arbeiterinnen Löhne von 180 bis 1,90 Mt. zahlt, während die neu-
eingestellten Italienerinnen 1 Mt. nebst freier Kost und Logis er-
halten. Jedenfalls beträgt der Naturalwert und das Logis mehr
als 90 Pf. pro Tag. Die unlaute Abmieten der Firma treten hier
deutlich zutage und das Gejammer von hohen Löhnen, Unrentabilität
des Geschäfts usw. wird von der Firma selbst aufs treffendste
widerlegt. — Der Referent ging in seinen Ausführungen in leicht
verständlicher Weise auf die verschiedenen Arten der Produktions-
formen, zuletzt auf die kapitalistische ein. Eine Begleiterscheinung
letzterer seien die periodisch wiederkehrenden Krisen, unter denen die
Arbeiterchaft die Unternehmervirtschaft am meisten verpörr. In der
hochkonjunktur werde der Unternehmer gezwungen, die Löhne zu
erhöhen. Diese Erhöhung wolle dann der Kapitalist in Zeiten der
Krisis wieder bereitzigen. Die Arbeiterchaft habe deshalb schon in
den letzten Jahren Kampforganisationen geschaffen. Trotz der
Bekämpfung seitens der Regierung und Unternehmer seien dieselben
zu einer stattlichen Anzahl von 2 Millionen Köpfen in Deutschland
angewachsen.

Die jetzige Leutung werde von den Spießern den organisierten
Arbeitern in die Schuhe geschoben, da nach ihrer Ansicht die hohen
Löhne diese Leutung bedingten, in Wirklichkeit werde sie aber durch
die Agrargefesselung, sowie die Profitgier der Kräfte und Syn-
dikate hervorgerufen. Reicher Verkauf lohnte den Redner. Kollege
Duch gab sodann bekannt, daß 15 italienische Arbeiter eingestellt
worden seien, jedenfalls um im Notfall dem Unternehmer Hilfsdienste
zu leisten. Dies müsse verurteilt werden, indem auch die italienischen
Kollegen über die Verhältnisse aufklärt werden müßten. Dies sei
ganz gut möglich; habe doch das italienische Proletariat bemerkt,
daß es am allerwenigsten sich zu Handlangerdiensten der Kapitalisten
gerauchen ließe. Mit einem Appell an die Anwesenden, der Orga-
nisation treu zu bleiben und neue Kämpfer zu gewinnen, be-
sonders aber für Ausbreitung der Arbeiterpresse Sorge zu tragen,
wurde die Versammlung geschlossen.

Rundschau.

Den Rekord im Schwindeln
hat zweifellos eine gut patriotisch gesinnte Kriegerveteran geschlagen, die
in „Deutschen Kamerad“, Zeitung der Kriegerveteranenvereine
Hessia, folgendes „Eingekandt“ verappt:
„Zu denken, wie heute und früher die Führer der freien, sozial-
demokratischen Gewerkschaften ihre Mitglieder unterstehen, will ich
einige Beispiele anführen. 1899 wurde hier, in Erzhausen, eine
Zahlstelle der Bauhilfsarbeiter-Organisation gegründet. Vorsitzender
war G. Wannenmacher IV. Von unsern Kollegen ging einer vom
Militär ab, kam nach Hause, altertümlich, unter fremden
Leuten zu leben und Kost und Logis zu bezahlen. Eines Tages
lagte er mir keine Not und fragte, ob es, da die Zahlstelle 75 Mt.
Vollgehalt habe, nicht möglich sei, daß die Zahlstelle ihm in seiner
Not helfe. Ich schrieb an die Hauptstelle in Hamburg und erhielt
den Bescheid, daß dem Kollegen keine Unterstützung gegeben werden
dürfte. Da man in Hamburg selbst sehr viele arbeitlose unter-
stützungsbedürftige Kollegen habe. In Langen war der Vorsitzende
der Zahlstelle, H. Krieg, krank. Der Krieg erklärte ihm als insolge
der Zahlstelle geisteskrank. Die Langener Kollegen wollten ihm

Uebersichts-Tabelle über die Arbeitslosigkeit im 2. Quartal 1908.

Table with columns for Gau, Zahlstellen, Mitgliederzahl (männl., weibl., zusammen), Zu- oder Abnahme gegen das 1. Quartal 1908, Arbeitslose Mitglieder (männl., weibl., auf), and Bon den Arbeitslosen bezogene Verbandsunterstützung (insgesamt im Quartal) (a) am Orte, (b) auf der Reise.

unterstützt haben aus den Mitteln der Zahlstelle, aber auf das Gefühl an die Hauptstelle kam folgende Antwort: „In Betreff des Sammelwagens für den Kollegen H. Krieg muß ich leider mitteilen, daß der Vorstand in dieser Sache nicht eingreifen kann, und sie der Zahlstelle überlassen muß.“

Es ist ganz verständlich, daß die Arbeiter ihre Ausnutzung nicht begreifen wollen und sich von einem Zukunftsstaat vorpredigen lassen, den die Herren Führer selbst beschreiben.

Ein Kamerad, der in der Organisation war. Die „Metallarbeiter-Zeitung“, der wir diese Ausführungen entnehmen, schreibt dazu:

Bei dem Schreiber dieses Nachwerks ist die Schwindelucht schon ins Gehirn-Verrückte umgeschlagen. Wir dürfen annehmen, daß sein Erguß bei allen Kollegen, die mit der Arbeiterbewegung und besonders mit der Geschichte unseres Verbandes auch nur ein wenig vertraut sind, in der Hauptsache eine ergeternde Wirkung ausgeübt haben wird. Was den Paulistatbeiterverband betrifft, so können wir es dessen Meinung gern überlassen, ob er die Angriffe auf ihn einer Antwort würdigen will.

Ein Verband der Polizeibeamten. Die „Kölnische Post“ vom 30. Juni bringt einen Bericht über die am 23. Juni erfolgte Gründung eines „Kölnischen Polizeibeamten-Verbandes“.

Die Abschaffung der „S. S.“ ist nicht mit folgendem Satz: „Möchten wir alle noch funktionierenden Polizeibeamten baldmöglichst für sich und einigung dem Verbande anschließen, gegen dessen Gründung selbst ich nicht das mindeste Bedenken habe.“

Delegiertenwahl zum 9. Verbandstag. In der Hauptwahl wurden noch gewählt: 18. Wahlkreis: Emil Großmann und Albert Höpner, Leipzig.

Delegiertenwahl zum 9. Verbandstag. In der Hauptwahl wurden noch gewählt: 18. Wahlkreis: Emil Großmann und Albert Höpner, Leipzig.

- 63. Wahlkreis. M. Schwarz, Hamburg. In der Stichwahl gewählte Delegierte: 1. Wahlkreis: H. Deulshausen, Hannover. 2. Wahlkreis: Otto Höft, Magdeburg. 5. Wahlkreis: H. Fiedler, Minden. 11. Wahlkreis: D. Etlisch, Roswig. 15. Wahlkreis: Fr. Böge, Schleusig. 16. Wahlkreis: S. Haug, Dresden. 17. Wahlkreis: Aug. Lamsch, Leipzig. 24. Wahlkreis: R. Berndt, Eilenburg. 26. Wahlkreis: E. Winkler, Mählgau a. E. 31. Wahlkreis: Max Wollermann, Landsberg a. W. 32. Wahlkreis: R. Wendlandt, Steint. 40. Wahlkreis: A. Maier, Augsburg. 51. Wahlkreis: G. Hirz, Mundenheim. 54. Wahlkreis: Ph. Hahl, Sauerheim. 55. Wahlkreis: J. Kirchner, Seligenstadt. 57. Wahlkreis: S. Schumann, Kassel. 59. Wahlkreis: A. Hammer, Duisburg. 63. Wahlkreis: B. Schulz, J. Druhs, J. Kahl und Fr. Vogt, Hamburg. 77. Wahlkreis: S. Bunke, Striegau.

Achtung, Verbandstagsdelegierte! Die Delegierten zum Verbandstag werden in München am Zentralbahnhof von Kollegen, die durch rote Abzeichen kenntlich sind, abgeholt werden. Erwünscht ist, daß die Delegierten dem Verbandsbureau, München, Blumenstraße 43, 2. Etage, mit welchem Zuge sie eintreffen.

Verbandsnachrichten.

Vom 14. Juli ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein: Maudach 187,94. Ulfeld 150.—. Elmshorn 1459,92. Karlsruhe 605,10. Volmstedt 387,62. Badenhausen 349,96. Hahn 6. Pf. 221,50. Jpehoe 221,13. Erfurt 190,79. Al-Anheim 179,38. Allen 145,92. Krefeld 109,21. Eilenburg 101,58. Wiere 96,58. Lergau 79,94. Anklam 52,44. Gräfenhausen 42,64. Goldberg i. Schl. 31,98. Worms 26,76. Jpris 23,94. Landau 15,70. Gr.-Möden 10,94. Jepsau 60.—. Wismar 251,80. Graßwald 161,92. Neustadt b. R. 88,38. Großenhain 73,57. Neu-Debernitz 21,90. Dessau 1319,70. Belgard 800.—. Harburg 800.—. Westerland 326,54. Stadelndorf 299,30. Sebnitz i. S. 282,88. Ebersdorf 262,50. Köthen 253,66. Striegau 239,94. Lunzenau 155,04. Niederbodeleben 150,94. Naumburg a. S. 116,56. Goslar 100.—. Grimma 73,76. Soltau 19,50. Niermied a. S. 4,50. Ludwigshafen 974,42. Eilenburg (S.-A.) 800.—. Weimar 253,53. Beuthen 247,03. Schlutup 181,40. Hageloh 119,66. Japund 119,31. Gröbenberg (S.-A.) 53,21. Brunsbüttelkoog 672,32. Sommerendorf 624,26. Offenbach 545,09. Roslau 508,30. Barmen 457,76. Weisfels 386,29. Kassel 341,42. Bielefeld 248,06. Bodenwerder 179,12. Tüft 111,60. Detmold 102,30. Osnabrück I 40,38. Sandhofen 17,98. Zwickau 400.—. Apentade 243,22. Baugen 179,28. Wildenfels 37,68. Jodgrün 10,22. Eggefin 4,28. Leipzig 2,40. Altona-Ottenen 1630,89. Cönnestadt 800.—. Marzianstädt 970,52. Kenjefeld 770,18. Thal a. Harz 400.—. Mählgau a. E. 324,60. Blankenburg a. S. 200.—. Neu-Jenburg 187,18. Lauenburg 176,76. Goslow 73,56. Lebbin 70,14. Breslau 300.—. Liegnitz 262,11. Leisnig 245,88. Barunstädt 97,35. Königs-Lutter 11,90. Gößl a. M. 1598,62. Weimen 131,10. Bari 5,06. Glückstadt 943,30. Leipzig 800.—. Görtzig 484.—. Dömitz 254,82. Radeburg 212,70. Gavelberg 212,50. Sommerfeld (R.-S.) 196,82. Burg a. S. 132,70. Roschendorf 128,68. Radeburg a. S. 122,49. Schönungen 95,53. Treuenbrietzen 70,80. Beer 13,74. Vaußig 4,20. Schluß: Montag, 20. Juli, mittags 12 Uhr. Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 2. Quartal 1908 haben eingelaufen: Altona, Nürnberg, Kiel, Groß-Möden, Kempten, Landsberg, Witten a. S. (1. und 2. Quartal), Erfurt, Götting, Neu-Debernitz, Gräfenwald, Striegau, Jepsau, Westerland auf Sylt, Glauch, Eilenburg, Jpehoe, Krefeld, Neu-Debernitz, Goldberg i. Schl., Welfenstein, Lergau, Bries b. Br., Gräfenhausen, Eilenburg Osnabrück II, Wiere, Hahn, Worms, Roslau, Volmstedt, Anklam, Harburg a. E., Reuditz a. d. Oder, Niederbodeleben, Soltau, Naumburg, Ebersdorf, Goslar, Altn., Kassel, Harz, Stadelndorf, Klein-Anheim, Mannheim, Friedrichshagen, Ludwigshafen, Dessau, Laut, Lübeck, Schlutup, Leer, Korfing, Weisfels, Osterwerda, Bielefeld, Greppin, Sommerendorf, Mählgau a. E., Lützen, Bedel, Bodenwerder, Badenhausen, Sandhofen, Brunsbüttelkoog, Dagersheim, Baugen, Jodgrün, Bodeleben, Apentade, Eggefin, Zwickau, Neustadt b. R., Gröbenberg, Fankensche, Marktandert, Kenjefeld, Goslow, Wildenfels, Götting, Grimma, Osnabrück I, Offenbach a. Main, Liegnitz, Frankfurt, Treuenbrietzen, Darnitz, Meiberg, Heiligenhafen (1. u. 2. Qu.)

Neu-Jenburg, Königs-Lutter, Lauenburg, Sebnitz, Weimar, Salzwedel, Lorch, Detmold.

Gau 2, Sachsen und Thüringen (Stz Dresden). Die Zahlstellen hat in ihrer Mehrzahl für den Vorschlag des Vorstandes votiert. Wir berufen nunmehr für Sachsen auf den 30. August, vormittags 10 Uhr, ins „Volkshaus“ zu Dresden, für Thüringen auf den 6. September, vormittags 10 Uhr, ins „Volkshaus“ zu Erfurt eine Konferenz ein. Alles Nähere durch Zirkular. Es ist Pflicht aller Zahlstellen, die Konferenz zu besuchen. Mit kollegialem Gruß Der Vorstand. J. A.: Gustav Reuring.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher. 143 257. Heinrich Dörrier, eingetreten am 1. Juli 1906 in Holzwinden. 79 561. Gustav Biechmann, eingetreten am 18. April 1901 in Kellinghusen. 217 099. Ludwig Klabos, eingetreten am 8. November 1906 in Breslau. 171 662. Johann Müller, eingetreten am 1. Mai 1906 in Hannover. 329 298. Hugo Kaiser, eingetreten am 20. Mai 1908 in Düsseldorf.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen. Andernach. Josef Maxeiner, Füllweber 2. Oberbach i. B. Moriz Krone, Albersstraße 217 o. Osterwerda. Max Müller, Viehla 6. Osterwerda. Gollnow. Robert Fuhrer, Bollinerstraße 11. Goslar. Ernst Götzig, Abzug 23, 2. St. Langelsheim. Heinrich Stems, Am Papiergarten. Mühlheim. Friedrich Buchmeier, Bienenstraße 4. Neu-Jenburg. Philipp Weber, Hirtengasse 24. Soltan. August Seberitt, Breidingsstraße 521. Stuttgart. Geschäftsführer Bruno Grelmann, Badstraße 11 in Cannstatt. Wolfen, Hr. Witterfeld. Wilhelm Zahn, Leipzigerstraße 111. Worms. Georg Groß, Mählgasse 12.

Briefkasten. H. B. Berichte über solche Vorlesungen sind der Redaktion selbstverständlich erwünscht. Aber sie müssen mit dem Zahlstellenstempel versehen, auch müssen Zeugen angegeben sein. B. in Weihen. Du irrst, lieber Freund; der „Proletarier“ ist kein Organ für Kraftausbrüche. W. in L. Bericht war sehr gut, hat, wie du siehst, auch sofort Verwendung gefunden.

Inserate.

Gau 4. Sonntag, den 30. August.

Gaukonferenz zu Köslin im Lokale des Herrn Krause (Kaiserergarten).

Die Konferenz beginnt punkt 9 Uhr vormittags. Tagesordnung: 1. Geschäftsbericht des Gauleiters. 2. Bericht des Kassierers. 3. Bericht der Revisoren. 4. Unser letzter Verbandstag und dessen Beschlüsse. 5. Beratung der gestellten Anträge. 6. Wahl des nächsten Konferenzortes. 7. Verschiedenes. Der Vorstand des Gaus 4. NB. Jede Zahlstelle bis zu 100 Mitgliedern wählt 1 Delegierten, bis 450 Mitglieder 2, und über 500 Mitglieder 3 Delegierte. D. O.

Gau 7. Sonnabend, den 5., und Sonntag, den 6. September: Gaukonferenz zu Schwebingen im Lokale „Zum wilden Mann“.

1,05. Tagesordnung: 1. Bericht vom Gewerkschaftskongress in Hamburg. Berichterstatter: Kollege Postmann, Elmshorn. 2. Parteibericht. 3. Abrechnung vom 2. Quartal. 4. Wahl eines Bezirksführers. 5. Verschiedenes. Kollegen und Kolleginnen erscheint zahlreich. Der Vorstand.

Zahlstelle Jpehoe. Am Sonntag, dem 26. Juli, im Lokale des Herrn Franz Leich, Reichenstr. 9.

Mitglieder-Versammlung

1,25. Tagesordnung: 1. Bericht vom Gewerkschaftskongress in Hamburg. Berichterstatter: Kollege Postmann, Elmshorn. 2. Parteibericht. 3. Abrechnung vom 2. Quartal. 4. Wahl eines Bezirksführers. 5. Verschiedenes. Kollegen und Kolleginnen erscheint zahlreich. Der Vorstand.

Zahlstelle Osterholz-Scharmbeck. Sonntag, den 26. Juli, nachmittags 4 Uhr: Mitglieder-Versammlung

im Lokale der Wwe. Wohlmann (Zentralhalle). Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. Wir, Kollegen von Osterholz-Scharmbeck sind eingeladen, hinein in die Versammlung! 1,35. Die Bevollmächtigten.

Waltershausen und Umgegend. Versammlungen

haben statt in den Orten: Waltershausen, Wüdrath und Göttha am 1. August, abends; in Stutzhaus, Tambach, Finsterbergen, Langenhain, Hängegau, Wahnwinkel, Eckhardts-hausen, Rütchen und Gräfenhain am 2. August, nachmittags 3 Uhr. Bekanntgabe des Lokals, Tages und der Referenten ist den Orten überlassen. Regen Besuch erwartet. 1,65. Die Ortsverwaltung.

Aus der chemischen Industrie.

Vom Schlachtfelde der chemischen Arbeit im Jahre 1907.

Es muß doch schließlich den stumpfsten Menschen aufzeigen, wenn er Jahr für Jahr in grauenhafter Regelmäßigkeit aus den Jahresberichten der staatlichen Unfallversicherung die langen Zahlenreihen der Industriepfer aufmarschieren sieht, und dabei, wie eben jetzt wieder, die tröstliche Versicherung in den Zeitungen liest, daß auch die Bloßregierung nicht entfernt an eine gründliche Verbesserung dieser Zustände denkt, etwa durch Übertragung der Unfallversicherung und Unfallfürsorge, der Unfallverhütung und Unfallaufsicht an Verwaltungskörper, in denen die Arbeiter als Opfer wirklich etwas mitzureden haben, wie etwa die Ortskrankenkassen. Es bleibt trotz aller schreienden Tatsachen auch unter Bülow beim alten Bismarckschen Rezept, daß die Unternehmer „Hüter“ und Verwalter der Unfallversicherung sind, was natürlich noch viel schlimmer ist, als wenn man den Bod im schönsten Garten zum Gärtner macht. Viel schlimmer deshalb, weil der Bod doch wenigstens nur Pflanzen verwüsten kann und ein Tier ist, das bei seiner Verwüstung nicht auch noch Profit sucht, zwei Dinge, die man bei unsern Unternehmern leider nicht behaupten kann. Sie verwüsten ganze Menschengenerationen, und je gewissenloser sie verwalten, desto mehr Profit haben sie. Der neueste Verwaltungsbericht der chemischen Berufsgenossenschaft für 1907 redet laut und vernehmlich von dieser Menschenverwüstung.

Die deutsche chemische Industrie blühte nach ihm auch im Jahre 1907 allen Geldkrisen zum Trotz herrlich weiter. Die Zahl der verstärkten Betriebe stieg von 8505 auf 8618, also um 1,3 Prozent, das Heer der von ihr beschäftigten Proletarier aber noch viel stärker, nämlich von 195 356 auf 207 704 Mann, also um 6,3 Prozent. Im Bezirk Nürnberg, aus dem wir gerade im Verbands am wenigsten hören, war die Zunahme der Arbeiterzahl am stärksten, nämlich über 9 Prozent; auch im Bezirk Frankfurt am Main und Köln stieg sie über den Durchschnitt (7 Prozent). Am schwächsten war sie im Bezirk Breslau (3 Prozent). Und dieses Elavenheer leistete 61,8 Millionen Arbeitstage (gegen 58,3 Millionen im Vorjahre). Wenn an jedem dieser Arbeitstage nur 1 bis 2 Mark an unbezahlter Arbeit und Mehrwert für die Unternehmer geschafft wurde, so haben sie im Jahre 1907 an ihren Arbeitern allein über 100 Millionen Mark Profit gemacht! Wahrscheinlich ist diese Schätzung aber viel zu gering. Der Gesamtarbeitsverdienst der 207 704 Vollarbeiter und der Betriebsbeamten dagegen wird auf 230 Millionen Mark angegeben. Das heißt also: der Jahresverdienst dieser Proletarier der Hand und des Kopfes schwankte genau um 1000 Mark herum, während jeder der 8616 Unternehmer durchschnittlich mindestens rund 12 000 Mark Profit am Arbeitslohn seiner Lohnsklaven allein nach Hause trug, von dem Profit aus den Monopolspreisen am Markte, wie sie die Unternehmerkassette bestimmen, gar nicht zu reden. Allein bei der Produktion ist der durchschnittliche Anteil, den der Unternehmer erhält, zwölfmal so groß, als derjenige des Arbeiters! Was könnte also mindestens in Unfallverhütung und Unfallfürsorge geleistet werden, wenn die Arbeiter mitzubestimmen hätten! Unter der Unternehmerverwaltung wird nichts als erbärmliches Flickwerk geleistet.

Eben hat der chemische Oberscharfmacher, Direktor Dr. Duisberg, auf dem deutschen Chemikertag in Jena wieder erklärt, daß der Achtstundentag in der chemischen Industrie „undurchführbar“ sei. Auf seine „Gründe“ kommen wir zurück, wenn sie im Wortlaut vorliegen. Aus den neuesten Ziffern seiner Unfallberufsgenossenschaft allein schon hätte er erkennen müssen, daß die gemeldeten Unfälle auf 13 038 (von 11 969 im Vorjahre) stiegen, daß sich also die Zahl der schlecht geschätzten Opfer auf dem Schlachtfelde der deutschen chemischen Industrie immer höher häuft. Die chemische Großindustrie, die Industrie der Präparate und die Gummiwarenindustrie liefern die größten Haufen von Schlachtopfern: aus ihnen wurden 2779, 2271 und 1400 Unfälle gemeldet. Dann kommt die Anilinfarbendruckerei mit 1184, die Firnisindustrie mit 757 Unfällen usw. Jede prozentuale Berechnung fehlt in der Aufmachung. Man müßte wissen, wie sich die Unfälle auf die Arbeiterzahl verteilen, denn es ist natürlich viel schlimmer, daß die chemische Großindustrie auf 26 780 Vollarbeiter schon 2779 Unfälle hatte, während die Gummiwarenfabrikation auf 29 914 Vollarbeiter erst 1400 Unfälle verzeichnete. Woher soll aber bei der Unternehmerverwaltung Liebe und Sorgfalt für solche Dinge kommen? Und die Aufsichtsbeamten und Unternehmer dürfen ja, wie wir erst kürzlich aus ihren Berichten für das selbe Jahr nachwies, die Betriebs- und Arbeitsverhältnisse als Ursachen von Unfällen gar nicht mit in Betracht ziehen! Rein rechnerisch, für die Beitragserhebung nämlich, wird nur festgestellt, daß die durchschnittliche Gefahrenziffer für alle Betriebe 40 beträgt, wobei man lediglich sehen kann, daß die Bezirke Breslau, Köln und Leipzig eine höhere als durchschnittliche Gefahrenziffer aufweisen. Dort müssen also die Verhältnisse besonders ungesund sein!

Bekannt ist ja, wie nun die Unternehmer die Entschädigungslast für die 13 038 Schlachtopfer zu einem großen Teile von sich abwälzen können. Die 1223 Unfälle, welche zunächst nur eine Erwerbsunfähigkeit von weniger als drei Tagen zur Folge hatten, brauchen sie gar nicht zu beachten. 834 weitere Unfälle wurden „bei näherer Prüfung“ als Betriebsunfälle „nicht anerkannt“. Der übrigbleibende Vorenteil von 9690 Unfällen fiel lediglich den Krankenkassen zur Last, in welche die Arbeiter zwei Drittel der Beiträge zahlen, weil die Verletzten innerhalb der ersten 13 Wochen „wieder hergestellt“ wurden. Blieben also ganze 1789 Unfälle von

den 13 038 gemeldet, deren Folgen die Unternehmer wirklich trugen, und zwar mit 2,8 Millionen Mark Kosten im Berichtsjahre, also noch nicht ganz mit dem dreißigsten Teil der unbezahlten Arbeit, die sie mit mindestens 100 Millionen aus ihren Lohnsklaven herausgeholt haben. Das nennt man ein Geschäft!

Wie gut es die Unternehmer aber verstehen, die schrankenlose Ausbeutung als Hauptursache dieser Riesenergebnisse an Menschenleben und Menschengesundheit zu bemänteln, dafür liefern sie uns in diesem Jahre selbst einen unstreitigen Beweis. In ihrem Berufs-genossenschaftsbericht, der wesentlich für die Eingeweihten und Beteiligten bestimmt ist, sind sie nahe daran, sich zu gestehen, daß die mißständigen Arbeitsverhältnisse die größte Schuld an den gehäuften Unfällen tragen. Als aber das Reichversicherungsamt auf die Sache aufmerksam wird und besonders Bericht einfordert, sind sie sofort wieder bestrebt, den wahren Tatbestand zu verhüllen. Das Unternehmerorgan „Chem. Industrie“ druckte beide Berichte kurz hintereinander ab, und wir stellen aus ihnen die beiden sich stark widersprechenden Unternehmerauskünfte wirklich wie folgt gegenüber:

Verwaltungsbericht der chemischen Berufsgenossenschaft:

... man wird doch zugeben, daß auch die Zahl der wirklichen Unfälle in den letzten Jahren in höherem Maße, als die der beschäftigten Personen zugenommen hat. Der Grund dieser Erscheinung ist ohne Zweifel darin zu suchen, daß in den Jahren des industriellen Aufschwungs große Mengen ungeübter und unangebildeter Arbeiter vom Lande den Fabriken zuströmen und ohne genauere Kenntnis der durch den Betrieb bedingten Gefahren leicht ein Opfer ihrer Unvorsichtigkeit werden, daß andererseits aber auch der Mangel an Arbeitern dazu führt, die vorhandene Arbeitszeit durch angepannte Tätigkeit nach Möglichkeit auszunutzen und über das normale Maß auszuweichen. Auf diese Weise tritt eine Steigerung der Betriebsgefahren ein, die auch durch die erhöhte Tätigkeit der Berufsgenossenschaften auf dem Gebiete der Betriebsüberwachung und Unfallverhütung nicht ausgeglichen werden kann.

Sonderbericht an das Reichversicherungsamt:

„Eine weitere Ursache für die absolute und relative Steigerung der Unfälle ist in dem rapiden Wachstum der deutschen Industrie zu suchen. Zahlreiche neue Betriebe wurden errichtet, bestehende vergrößert. Alle Neueinrichtungen bringen aber erfahrungsmäßig in der ersten Zeit bis zur Erprobung und praktischen Anwendung größere Gefahren mit sich, als die bereits längere Zeit bestehenden Betriebs-einrichtungen. In der Regel fehlt neuem und verbesserten Fabrikationsmethoden ein noch ungeübtes Bedienungspersonal gegenüber, infolge Einstellung zahlreicher ungelerner Arbeitskräfte. Hand in Hand damit geht auch der immer mehr fortschreitende Ersatz der Handarbeit durch Maschinenarbeit und die allseitig, in Folge der Fortschritte der Arbeitszeit und Einführung von Akkordarbeit herbeigeführte stärkere Anspannung der Leistungsfähigkeit von Personen und Maschinen.“

Es bedarf keines Wortes darüber, daß die zweite Auskunft der Unternehmer bezüglich der Arbeitszeit gerade das Gegenteil von demjenigen sagt, was die erste in einem unbemagten Augenblicke zugehand. Sie behauptet eine „Verkürzung der Arbeitszeit“ als Unfallursache, von der wir nichts wissen und die, wenn sie allgemein stattgefunden hätte, die Unfallgefahr nicht erhöht, sondern vermindert haben würde. Viel schärfer sagt der Verwaltungsbericht, daß 1907 die Arbeitszeit sogar über das bisherige, nicht gerade knappe Maß „ausgedehnt“ worden ist. Und diese Mitteilung hat alle Wahrscheinlichkeit nicht bloß, sondern auch die Tatsachen für sich. Die deutschen chemischen Arbeiter wissen, wie sie in der Zeit des guten Geschäftsganges ausgepreßt worden sind! So springen also unsere Unternehmer in ihren amtlichen Berichten mit sozialen Tatsachen um, die bei uns über Leben und Tod entscheiden! Wenn sich die oberste Reichsversicherungsbehörde durch solche Manöver täuschen ließe, so wäre sie nicht besser, als die Unternehmer selber. Wir hoffen, daß sie die von uns aufgedeckten Widersprüche als Anlaß zu immer schärferer Kontrolle der chemischen Industrie und ihrer Arbeitsverhältnisse nimmt.

Freilich müssen vor allem unsere Kollegen selbst aus diesen Dingen lernen. Erst wenn sie den Staat durch ihre machtvolle Organisation zwingen können, an jeder Stelle, wo sie gewissenlos auf dem Schlachtfelde der chemischen Arbeit hingeworfen werden sollen, einzuschreiten, erst dann wird sich der kapitalistische Staat in Bewegung setzen und diese ungeheuerlichen Mißstände wenigstens etwas eindämmen, wenn auch noch lange nicht abschaffen! Dazu gehört noch mehr...

Maßnahmen gegen Gasvergiftungen in chemischen Betrieben.

Zwei Rundschreiben des Reichsversicherungsamts über die Mitwirkung der technischen Aufsichtsbeamten zur Vermeidung des Alkoholmißbrauchs und über die Vergiftung durch Kohlenoxyd, Sauerstoff und ähnliche Gasarten, welche für den Vertrieb von Kraftmaschinen dienen, geben den technischen Aufsichtsbeamten der chemischen Berufsgenossenschaft in ihrer letzten technischen Konferenz Veranlassung, ihre Erfahrungen und Ansichten auf diesen Gebieten auszutauschen. Neben dem Meinungsaustausch betr. den Alkoholmißbrauch braucht hier nicht näher berichtet zu werden. Die Arbeiterorganisationen sind direkt und indirekt bessere und wirksamere Kämpfer gegen den Schnaps- und Biertrunk, als alle Behörden und Unternehmer und ihre Aufsichtsbeamten zusammengenommen. Was aber das zweite Rundschreiben des Reichsversicherungsamts über die Maßnahmen zur Verhütung der Unfallgefahr bei der Verwendung der Kohlenoxydgas, Sauerstoff- und ähnlichen Gasarten getriebenen Gasstrahlmaschinen betraf, so war man, wie die „Chemische Industrie“ berichtet, in der Konferenz der Ansicht, daß zur wirksamen Durchführung der ersten Hilfeleistung in erster Linie die Vereinhaltung eines Sauerstoffinhalationsapparates in allen den Betrieben, in welchen giftige Gase auftreten können, anzustreben und darauf hinzuwirken sei, daß eine größere Anzahl von regelmäßig im Betriebe tätigen Arbeitern über die Handhabung der Apparate und über die häufige Anwendung genügend informiert werden. Es gehehe dies leider nicht überall in der Praxis; denn sogar Beamte vertragen in gegebenen Fällen, teils aus Unkenntnis im Gebrauch der Apparate, teils in der allgemeinen Verwirrung beim Eintritt von Vergiftungsfällen. Die besten Apparate aber seien zweifellos, wenn ihre Handhabung unbekannt ist oder die Besonnenheit fehlt. Deswegen ziele die Unternehmer bei Vergiftungen die Hilfe der Feuerwehrrufen...

diese über Wiederbelebungsvorrichtungen verfügt und in ihrer Handhabung bewandert ist. Wenn dieser Weg unter Umständen auch zu billigen sei, so dürfte er keineswegs immer zu empfehlen sein, da hier bei kostbarem Zeitverlusten gehen kann. Die eigene und schnellste Hilfeleistung bis zur Ankunft des Arztes würde meist von Erfolg begleitet sein! Habe man aber einige Leute in der Handhabung der Sauerstoff- und sonstigen Apparate ausgebildet, so unterlasse man nicht, regelmäßige Übungen abzuhalten. Vor allem aber müsse das Streben darauf gerichtet sein, die Entstehung giftiger Gase nach Möglichkeit zu verhindern, und wo dies nicht möglich ist (?), die Gase abzuführen und sie nicht in die Arbeitsräume gelangen zu lassen. Was die erste Hilfeleistung bei Unfällen im allgemeinen anbelange, so macht der Berichtsteller der „Chemischen Industrie“ darauf aufmerksam, daß die für diesen Zweck zur Verfügung an die Unternehmer seitens der Berufsgenossenschaft verschickten Plakate ihre Aufgabe nur zum Teil erfüllen. Der kleinere Unternehmer werde selbst bei sorgfältigem Studium des Plakats die Ratsschläge infolge des Mangels an jeglicher Übung nicht ausführen können. Die Kenntnis in der Handhabung selbst einfacher Bandagen und die Kenntnis von der Notwendigkeit der sorgfältigsten Aufbewahrung des Verbandmaterials fehle vielen Unternehmern. Wie solle sich der Mann bei schweren Unfällen, wie Knochenbrüchen, Überreizungen usw. ohne Übung verhalten? Deshalb den Kassenzuständen die Möglichkeit gegeben werden, in allgemeinen Sanitariekursen kleinere Unternehmer sowohl wie Arbeiter der in den Kassen vereinigten Betriebe praktisch zu informieren.

Sein Opfer der Sprengstoffindustrie!

Vor der Bochumer Straßammer wurde am 4. Juli ein Mann abgeurteilt, der sein Opfer der furchterlichen Explosion in der Roburfabrik zu Annen vom November 1906 geworden war, obgleich er vielleicht in näherer Beziehung zu ihr steht, als manches der armen Opfer, die jetzt längst der Ratten deckt. Zwar betonte der Staatsanwalt Schenk im jetzigen Prozeß sehr nachdrücklich und gewissenhaft, daß „die sorgfältigste Untersuchung die Ursache nicht aufklärt habe“. Wesentlich ist auch der technische Leiter der Fabrik, Dr. Kunze, mit verunglückt. Angeklagt war jetzt nur noch der kaufmännische Direktor Franke. Er gab zu und das Gericht hielt es für erwiesen, daß er Sprengstoffe in den Verkehr gebracht habe, für welche eine Verbandsurteil noch nicht vorlag. Dem mit der Sprengstofftechnik im hohen Grade vertrauten Angeklagten mußte es klar sein, daß die Roburite 1a, 1b und 3, die er in Mengen fabrizierte und verbande, nicht identisch waren mit der genehmigten Marke 1. Wenn jedermann willkürlich Abänderungen in der Zusammenstellung von Sprengstoffen vornehmen und diese veränderten Stoffe den ausdrücklich genehmigten gleich behandeln wollte, so würden wir zu ganz unerlösen Auslegungen kommen, dann brauchen wir überhaupt kein Sprengstoffgesetz, meinte das Gericht. Es verurteilte Franke aber nur zu der geringen Strafe von 3 Monaten Gefängnis. Uns als Vertreter der verunglückten Arbeiter und ihrer Witwen und Waisen wirt sich natürlich die Frage auf: Wie stand es denn mit der Genehmigung für die Herstellung der unerlaubt veränderten Ware? War sie in der Konzessionsurkunde für die Fabrik enthalten? Und wenn sie, wie wahrscheinlich, nicht darin enthalten war, liegt dann nicht doch noch eine gesetzliche Handhabe vor, Franke für die Folgen des entsetzlichen Unglücks haftbar zu machen? In den Prozeßberichten auch der großen bürgerlichen Blätter funder wir diese Frage nicht erörtert. Von den Rechtsbeiständen der Hinterbliebenen sollte sie aber einer gründlichen Prüfung unterzogen werden.

Die Giftigkeit des Chroms.

Durch neuerliche Untersuchungen des deutschen Reichsgesundheitsamts, über welche, leider ohne Quellenangabe, in Nr. 37 der „Sozialen Praxis“ (Spalte 983/4) berichtet wird, ist die Giftigkeit der gewerblichen Beschäftigung mit Chrom aufs neue überzeugend festgestellt. In den Chromgerbereien mit äthenen Chromverbindungen und dem Zweifadverfahren bekommen die Arbeiter an Händen und Unterarmen eigentümliche, schwer heilende Geschwüre, am häufigsten und dauerndsten dort, wo sie in Großbetrieben infolge der Arbeitsteilung andauernd und einseitig nur mit ätheren Gerbstoffen zu hantieren haben. Es ist also ganz unzweifelhaft, daß das Chrom der Urheber ihrer Leiden ist. Da es sich nur um reich bemittelte Großbetriebe handelt, sollte man annehmen, das Reichsgesundheitsamt würde ganz unbedenklich sofort einen wirksamen gesetzlichen Schutz für Chromarbeiter vorschlagen. Es begnügt sich jedoch mit der bekannten Sozialpolitik der Werkblätter, deren es eines für Arbeiter in Chromgerbereien mehr herausgibt und in dem es gute „Ratsschläge“ zur Einsetzung der Hände und Arme, Gummihandschuhe und ähnliche schöne Dinge erteilt bezw. empfiehlt. Das kostet nichts und tut den Unternehmern nicht weh. Ob es die Arbeiter bei der Hitze ihrer Stäbarbeit wirklich durchführen können, darüber gerichtet man sich offenbar nicht den Kopf. Die Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Stunden, wie sie für die Arbeiter in Bleichromfabriken verordnet ist, endlich auf alle Arbeiter mit Chrom auszuweichen, dazu fehlt es der deutschen Blockpolitik, die vom Gewicht der Kapitalisteninteressen gelähmt ist, an jeder Kraft.

Ueber die Gehälter unserer chemischen Doktoren

hat der Verein deutscher Chemiker eine Umfrage (Anfangsgehälter der Chemiker in der deutschen Industrie betreffend) veranstaltet und von etwa zwei Dritteln der Unternehmer Auskunft über die Bezahlung von nicht ganz 2000 Chemikern erhalten. Von einer Reihe von Firmen, wahrscheinlich den am schlechtesten zahlenden, war keine Antwort zu erlangen, so daß die nachstehenden Ziffern sich auf die besser bezahlten Angestellten beziehen dürften. Danach waren 1132 Chemiker mit und 735 ohne Probezeit angestellt. Die Probezeit dauerte bei 521 Chemikern 1-3 Monate, bei 106 4-6, bei 244 7-9, bei 234 Chemikern 10-12 Monate und war bei 27 unbestimmt. Während der Probezeit erhielten 2 Chemiker bis 124 Mark monatlich, 21 125-149 Mark, 451 150-199 Mark, 652 200-249 Mark und 6 Chemiker 250-299 Mark monatlich. Nach der Probezeit erhielten

| | |
|--------------|-------------------------|
| 135 Chemiker | 150-199 Mark monatlich, |
| 345 | 200-249 |
| 575 | 250-299 |
| 45 | über 300 |
| 32 | unbestimmt. |

Hier rangieren offenbar die schäblichsten Unternehmer. Dagegen wurden in den Betrieben ohne Probezeit gezahlt:

| | |
|---------------|-----------------------|
| an 4 Chemiker | 0-124 Mark monatlich, |
| 71 | 125-149 |
| 141 | 150-199 |
| 338 | 200-249 |
| 68 | 250-299 |
| 13 | über 300 |

Danach bewegt sich die Mehrzahl unserer gestrengen Herren Doktoren in einer Einkommenshöhe von 2400-3600 Mark, was ihre kapitalistische Gesinnung, die sie trotz aller Bedrückung mit wenig Ausnahmen zur Schau tragen, zur Genüge erklärt.

Ueber die kapitalistische Entwicklung des größten Mannheimer chemischen Betriebs,

des dortigen Vereins chemischer Fabriken, gibt ein Bienenprospekt dieser Unternehmung einige für die Arbeiter wissenswerte Daten. Danach betrug der Kaufpreis der zuletzt vor dem Verein verfallenen Fabrik, der Düngefabrik Nischel u. Co., G. m. b. H. in Ludwigshafen 900 000 Mark. Durch die Übernahme dieses Geschäfts hat sich die Gesellschaft auch weiterhin

Aus der Papierindustrie.

+ Kartelle und Kartellierungsbestrebungen in der Papierfabrikation.

Zur Jahresbericht des Vereins deutscher Papierfabrikanten stimmt der Verfasser ein herzogliches Klagegedicht an über den Mangel von Preisvereinbarungen in der Papierfabrikation. Er schreibt: Fast in allen anderen Industrien in Deutschland ist es gelungen, die Schaffung von Preisvereinbarungen durchzusetzen. Vom Kohle- bis zu den verwickeltesten Maschinen ist in der Industrie alles landiert. Die Landwirtschaft hat den Spritzring gebildet, der bekanntlich mit außerordentlichem Erfolge arbeitet. Nirgends haben sich Schwierigkeiten ergeben, oder, was solche aufgetreten sind, sind sie schließlich doch bei einigem guten Willen überwunden worden. Das dies auch in der Papiermacherei möglich wäre, zeigt uns das Beispiel des Auslandes. Blicken wir nach Spanien, nach Desterreich, nach Skandinavien, vor allen Dingen nach den Vereinigten Staaten von Amerika. Überall sind hier Preisvereinbarungen in der Papierindustrie, die bereits teilweise seit längerer Zeit bestehen, teilweise aber auch erst Gründungen der letzten Jahre und der allerletzten Zeit sind. In allen diesen Ländern laien wir von einem Anpassen der Papierpreise an die Erzeugungskosten. Ein besonders auffälliges Beispiel hierfür liefern uns die Vereinigten Staaten von Amerika, wo die Erhöhung der Druckpapierpreise bereits eingehende Untersuchungen über die Gründe der Preissteigerungen hervorgerufen hat. Die angestellte Umfrage hat ergeben, daß dort in der Papiermacherei dieselben Kräfte zu Preissteigerungen zwingen, die in der deutschen Papiermacherei hierfür maßgebend sein sollten: Holz mangel und gestiegene Arbeitslöhne. Auch die Abnehmer der deutschen Papiermacherei gehen nicht und mehr dazu über, sich zu Preisvereinbarungen zusammenzuschließen. Die Tapetenindustrie wird ebenfalls bald das erste Beispiel eines deutschen Kartells bieten, indem sie die Zusammenwerfung aller oder der Mehrzahl ihrer Betriebe in eine große Aktiengesellschaft anstrebt. Wenn ja zurzeit auch dem Unternehmen noch Schwierigkeiten entgegenstehen, so ist doch kaum zu zweifeln, daß der Versuch gelingen muß. Die Vorteile, die dem einzelnen Fabrikanten hieraus erwachsen, sind zu groß, als daß das Unternehmen schließlich scheitern könnte. Der Vorgänger der Aktiengesellschaft, der sogenannte Tapetenring, hat ja bisher schon vorzüglich gearbeitet. Seine Mitglieder sind auf das Syndikatswesen geschult und werden auch der jetzt noch gegen den Druck vorliegenden Bedenken Herr werden, die hauptsächlich persönlicher Art zu sein scheinen.

Daneben besteht ein Verein von Briefumschlag-Fabrikanten, der gleichfalls eine Preisvereinbarung darstellt, ferner noch eine Reihe mehr oder weniger bedeutender Bildungen, die sich mit der Zeit zu Kartellen oder Syndikaten auswachsen werden. Schließlich ist ja auch die Tarifgemeinschaft der deutschen Buchdrucker weiter nichts als eine Preisvereinbarung, an der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Weise beteiligt sind. Demgegenüber können wir in der Papiermacherei immer wieder nur den Verband deutscher Druckpapierfabriken aufweisen. Gerade seine Folge sollten die Fabrikanten anderer Papierarten veranlassen, seinem Beispiel nachzugehen und sich mit der Regelung ihrer Preise zu befassen. Es ist dieser Vereinigung gelungen, rund 90 Prozent der deutschen Druckpapierfabrikation in ihre Hände zu bringen. Damit ist ein starker Anreiz zum Überbieten der Preise und zur Verdrückung der Abnehmer gegeben. Daß sich der Verband deutscher Druckpapierfabriken von diesen Fehlern peinlich ferngehalten hat, ist ihm zum höchsten Verdienst anzurechnen. Die Abnehmer haben sich schließlich in das Unvermeidliche gefunden und verstehen heute im besten Einvernehmen mit dem Druckpapier Syndikat. Sie haben eben eingesehen, daß bei einer solchen Preis- und Lieferungs politik, wie sie vom Verband deutscher Druckpapierfabriken getrieben wird, der Vorteil doch schließlich auch auf Seiten des Abnehmers liegen muß. Sie sind sicher, daß sie jederzeit die von ihnen abgekauften Mengen Papier erhalten, selbst unter Opfern auf Seiten ihrer Lieferanten. Neben dem Druckpapier-Syndikat bestehen in der deutschen Papiermacherei nur noch Vereinigungen von geringerer Bedeutung. In der Hauptsache handelt es sich hier um solche, die besonders die Verfolgung der wirtschaftlichen Interessen ihrer Fabrikationsfrage anstreben und die bei ihren Zusammenkünften Preisfragen besprechen. Hierher gehören z. B. die Wappenfabriken. Auch für Kupperpapier besteht noch eine Gruppe, die aber infolge der großen Zahl der Lieferanten kaum mehr große Bedeutung für sich in Anspruch nehmen darf. Ferner mögen noch die Fabrikanten der einen oder anderen Papierpezialitäten zu losen Vereinigungen zusammengetreten sein. Die Hauptmenge der deutschen Papierfabriken steht sich in freiem Wettbewerb gegenüber, so die Fabrikanten von Wertpapier, von holzfreiem Schreib- und Druckpapier, von Normalpapieren, von imitiertem Pergamentpapier, von Packpapieren aller Art.

Das Streben der Papierfabrikanten, sich Vereinigungen zu schaffen, um den Preis ihrer Erzeugnisse zu steigern, ist, vom kapitalistischen Standpunkt aus betrachtet, durchaus erklärlich. Um so verwerflicher ist es aber, wenn dieselben Leute, die so eifrig den Zusammenstoß predigen, die Organisation der Arbeiter so mühsam bekämpfen. Sehr interessant ist die Stelle des Berichts, wo es heißt, daß auch die Tarifgemeinschaft der Buchdrucker eine Preisvereinbarung sei. Wir können nun zwar nicht finden, daß diese Behauptung viel für sich hätte, wenn aber doch nicht verfehlen, zu erklären, daß wir die Papierfabrikanten in der Schaffung einer solchen Preisvereinbarung gern mit allen Kräften unterstützen wollen. Vorbedingung dazu ist aber, daß Herr Ditzes seine Donquixotereien gegen den Kartellvertrag aufgibt und sich bemüht, nicht nur selber solche Verträge vorurteillos zu prüfen, sondern auch den Mitgliedern des Vereins der Papierfabrikanten den Abschluß von Kartellverträgen mit den Arbeitern empfiehlt. Das würde zweifellos zur Förderung des „sozialen Friedens“, der den Herren doch so sehr am Herzen liegt, viel mehr beitragen, als einige 100 Medaillen und Diplome, und auf die Rentabilität der Papierfabriken würden derartige Verträge, wie wir das wiederholt betont haben, nur günstig einwirken. Also bitte...

+ Unternehmungslust im Papiergewerbe.

Die „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ schreibt: Während die gewerblichen Neubelegungen im allgemeinen während des laufenden Jahres erheblich geringer sind als im Vorjahre, fehlt es doch auch nicht an Ausnahmen; so zeigt sich z. B. im Papiergewerbe eine auffallende Unternehmungslust, die zur Folge hat, daß die Neubelegungen im ersten Halbjahre 1908 größer waren als in der Vergleichszeit des Vorjahres; entweder wurden neue Betriebe gegründet oder es wurden Betriebsveränderungen resp. Verbesserungen vorgenommen. Allein für Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung wurden von Januar bis zum Ende dieses Jahres schon 18, 01 Millionen Mark neu beantragt gegen nur 12,22 Millionen in der entsprechenden Zeit des Vorjahres. Die Ursachen für diese Unternehmungslust dürften darin zu suchen sein, daß zahlreiche Betriebe des Papiergewerbes für das Jahr 1907 noch recht ansehnliche Gewinne gebracht haben, und daß auch die durchschnittliche Rentabilität der Aktiengesellschaften, die zum Papiergewerbe gehören, sich noch nicht gerade ungünstig verändert haben dürfte. Es gibt namentlich Spezialgebiete, in denen die geschäftlichen Verhältnisse, wenn auch nicht schon für das laufende Jahr, so doch für die fernere Zukunft als recht günstig angesehen werden. Ob diese Zukunft, aus der viele Neubelegungen hervorgehen, begründet ist, das muß die Zukunft lehren. Was wir über die gegenwärtigen Geschäftsverhältnisse in Erfahrung bringen können, das ist nicht, daß auch das Papiergewerbe unter einer sehr erheblichen Depression leidet. Bei der Steigerung des Papiergewerbes läßt reichlich der Grund, den wir vor der Lage des Arbeitsmarktes empfanden, nicht ohne weiteres ihren Schluß auf die Beschäftigung der einzelnen Branchen zu, aber die Lage des Arbeitsmarktes kann doch nur dadurch zustande kommen, daß die Mehrzahl der zum Papiergewerbe

gehörigen Branchen eine erhebliche Verminderung der Arbeitslosigkeit aufweist. Nicht allein, daß der Andrang Arbeitsuchender im Papiergewerbe im Mai beträchtlich größer war als im Vorjahr, ist noch unerfreulicher der Umstand, daß im Laufe des ersten Halbjahres keine Verminderung der Arbeitslosigkeit eingetreten ist. Es kamen namentlich im Januar auf 100 offene Stellen 226,54 Arbeitsuchende, im Mai aber 232,74! Statt wie gewöhnlich abzunehmen, hat also der Andrang vom Winter auf das Frühjahr noch zugenommen. Im Mai vorigen Jahres kamen auf 100 offene Stellen nur 158,3, 1906 gar nur 113,9 Arbeitsuchende. Innerhalb zweier Jahre hat sich demnach der Andrang mehr als verdoppelt. Nur wenige andre Gewerbegruppen zeigen eine so empfindliche Verschlechterung der Arbeitslosigkeit wie das Papiergewerbe. Vor allem leiden die Arbeiter in Berlin unter der Ungunst des Geschäftsganges; um 300 offene Stellen bewarben sich hier 800 Arbeitsuchende, sowohl Männer als Frauen. Für letztere ist allerdings die Situation lange nicht so prekär wie für erstere; so bestand z. B. in Bayern, wo männliche Arbeitskräfte in beträchtlichem Überflusse vorhanden waren, an weiblichen Arbeitskräften sogar Mangel. Im Königreich Sachsen war die Situation für beide Geschlechter gleich ungünstig; es meldeten sich circa dreimal so viel Arbeiter, als verlangt wurden. In Böhmen wiederum wies der Arbeitsmarkt für Arbeiter des Papiergewerbes das gleiche Bild auf wie in Bayern; Frauen waren knapp, während Männer im Überflusse vorhanden waren. Eine andre Erscheinung, die darauf schließen läßt, daß der Geschäftsgang im Papiergewerbe stark nachgelassen hat, ist die Entwicklung der Ausfuhr. Der Auslandsabsatz für Papier und Papierwaren hat zwar im laufenden Jahre um circa 20 Prozent gegenüber 1907 zugenommen; in den ersten fünf Monaten stieg die Ausfuhr in der Warengruppe Papier und Papierwaren von 1.256.630 Doppelzentnern im Jahr 1907 auf 1.508.884 im laufenden Jahre. Das ist eine der Menge nach recht beträchtliche Steigerung. Geht man aber den verschiedenen Erzeugnissen nach, bei denen der Export gestiegen und bei denen er gesunken ist, so kann man ganz deutlich zwei Gruppen unterscheiden: die Ausfuhr niedrig bewerteter Erzeugnisse hat erheblich zugenommen, die Ausfuhr von hochwertigen Fabrikaten ist aber empfindlich zurückgegangen. Vor allem stieg die Ausfuhr in folgenden Erzeugnissen und zwar während der ersten fünf Monate in Doppelzentnern wie folgt:

| | 1907 | 1908 |
|--|---------|---------|
| Chemisch bereiteter Holzstoff . . . | 318 231 | 455 111 |
| Pappen aus Holzstoff | 56 324 | 64 067 |
| Druckpapier, ungefarbt usw. | 166 198 | 200 584 |
| Packpapier, in der Masse gefärbt . . . | 110 970 | 150 112 |

Die hochwertigen Erzeugnisse zeigen dagegen keine Steigerung, sondern vielmehr meist eine Abnahme der Ausfuhr. An der Herkunft dieser ist aber eine viel größere Zahl von Betrieben und Arbeitern tätig als an den niedrig bewerteten Erzeugnissen. Wenn so sowohl die Gestaltung des Arbeitsmarktes als auch die Bewegung der Ausfuhr auf eine ziemlich starke Abwärtsbewegung des Geschäftsganges in den meisten zahlreichen Branchen des Papiergewerbes mit ziemlicher Sicherheit schließen läßt, so muß man angesichts der wachsenden Unternehmungslust doch fragen, ob die diesjährige Vermehrung und Erweiterung der Betriebe innerhalb des Papiergewerbes nicht eine Gefahr für das Gesamtgewerbe in sich schließt.

+ Organisationen in der Papierfabrikation Oesterreichs.

Es ist nicht uninteressant, die Klagen der österreichischen Papierfabrikanten mit denen der deutschen zu vergleichen. Oesterreichs Fabrikanten sind nämlich den deutschen — scheinbar — in etwas überlegen. Sie haben die von den Deutschen so heißersehnten Preisvereinbarungen für fast alle Zweige der Papierproduktion. Es zeigt sich nun aber, daß, nachdem in diesem Jahre auch in der österreichischen Papierindustrie ein schlechter Geschäftsgang eingeleitet hat, diese Vereinigungen, anstatt fester, lockere werden. Das heißt: der zurückgehende Absatz veranlaßt einzelne Fabriken zu Preisnachlässen, um den Absatz auf Kosten der Konkurrenzbetriebe zu heben. Dadurch geht dann natürlich die Vereinigung in die Brüche. So ist in letzter Zeit die Konvention der Feinpapierfabrikanten, wie auch das Doppelkartell auseinandergefallen. Das Buntpapierkartell, wie auch das Packpapierkartell werden vielleicht bald nachfolgen.

Selbstverständlich sind solche Vorläufe nicht notwendig die Begleit- bzw. Folgeerscheinungen der Vereinigung, sie beweisen nur, daß entweder die Disziplin der Unternehmer mangelhaft war, oder die Form der Vereinigung nicht den Verhältnissen Rechnung trug. Es ist deshalb auch erklärlich, daß die Fabrikanten Oesterreichs, oder doch ein Teil derselben, eifrig bestrebt sind, ein allgemeines Papierkartell zu gründen. Vorläufig schreibt das Projekt noch an der Geldfrage. Einerseits wollen sie die Regelung nicht anvertrauen, weil diese den Interessen des Anspruchs für sich beanspruchen würde, selber haben sie aber die nötigen Mittel noch nicht zur Verfügung. Die Unternehmer stellen sich also auf den sehr richtigen Standpunkt, daß man die Organisation, wenn sie einmal verfaßt, stärken und ausbauen muß, statt sie zu verlassen. Das ist eine Methode, die auch den Arbeitern recht bringend empfunden werden muß.

+ Explosion in einer Zellulosefabrik.

In der neuen Zellulosefabrik von W. Gutzeit u. Co. in Rott (Finland) explodierte ein Zellulosekocher. Der Eisenzylinder lag mit nur 5 Meter Kraft durch das aus Eisenbeton bestehende Dach, das total zerstört wurde, ca. 75 Meter hoch in die Luft und landete schließlich ca. 300 Meter von der Fabrik entfernt. Das ganze Kochhaus wurde demoliert. Glücklicherweise waren nur wenige Arbeiter in der Fabrik beschäftigt. Ein Arbeiter, Christian Stefani, war gerade auf dem Kocher beschäftigt und wurde so vollständig zerquetscht, daß man gar keine Reste von ihm vorzufinden hat. Drei weitere Arbeiter wurden sehr schwer verletzt. Unter den Ruinen liegen noch 5 weitere Kocher, von denen mindestens 2 demoliert sind. Die Fabrik ist eine der größten Zellulose-Fabriken in Finland. Circa 150 Arbeiter sind zurzeit in ihr beschäftigt. Die Fabrik kommt nach etwa 2 Monaten wieder in Betrieb. Die Zeitungen berichten weiter: Nach Aussage der Fachmänner ist der zylindrische mittlere Teil mit den tonnenartigen Enden schlecht zusammengeschnitten. Der Dampfdruck im Kocher war zur Zeit der Explosion sehr schwach. Als Beweis der ungeheuren Kraft bei der Explosion diene, daß die 70 Tonnen wiegenden Fundamente der andern Kocher von ihren Plätzen fortgeschleudert wurden.

Rundschau.

Warum gibt es keine christlichen Unternehmerverbände?

Diese Frage hat in der überraschendsten Weise der „Christliche Arbeitersekretär“ Funke-München in einer christlichen Bergarbeiterversammlung in Feingberg (Oberbayern) am 17. Mai gestellt. Er meinte: „Die Unternehmer sind nicht so dumm wie die Arbeiter.“ Da diese sehr stark beluchte Versammlung hauptsächlich aus Angehörigen des Bergarbeiterverbandes bestand, so kann man sich denken, daß die Mitteilung Funkes mit stürmischer Heiterkeit und Händeklatschen aufgenommen wurde, daß sich wiederholte, als Funke von neuem die Behauptung in den Saal schrie. Also die Unternehmer sind nicht so dumm, „christliche“ Verbände zu gründen, sie vereinigen sich mit Juden und Nichtchristen in einer Organisation und vertreten ihre gemeinsamen Interessen so am vorteilhaftesten. Aber die „christlichen“ Arbeitervereine, die dieses genau wissen, halten die Arbeiter für so dumm, daß sie ein Teil von ihnen in christliche Verbände absondern läßt, wo sie doch mit allen Arbeitern gemeinsame wirtschaftliche Interessen haben, die durch diese Zerstückelungstaktik geschädigt werden. Und obenrein werden die so von ihren Führern geleiteten und geschädigten christlichen Arbeiter noch von denselben Führern verhöhnt, daß sie so dumm sind. Es geschieht ihnen schon recht, warum sind sie auch so dumm!

den Absatz erheblicher Mengen von Schwefelsäure und künstlichem Dünger gefertigt. Die Düngerfabrik Michel u. Co., G. m. b. H., die schon seit 1864 besteht, hat sich aus kleinen Anfängen heraus zu einer der bedeutendsten Superphosphatfabriken Süddeutschlands entwickelt. Das Areal der Fabrik umfaßt 23 211 Quadratmeter. Die Betriebsanlagen wurden seit 1900 sukzessive vollständig umgebaut, Dampf-, Dampf- und Arbeitsmaschinen befinden sich im besten Zustande. Die Gesellschaft betreibt zurzeit vier Fabriken, und zwar in Mannheim, Heilbronn, Neuland und Louisenthal a. d. Saar, ferner besitzt sie von dem 3 Millionen Mark betragenden Gesamt-kapital der Duisburger Knipserhütte 500 000 M. Das gesamte Areal der vier Fabriken beträgt 940 497 Quadratmeter. In der Mehrzahl seiner Fabrikate, wie Soda, Säuren und künstliche Düngemittel, gehört der Verein zu den größten Produzenten. Die Soda wird zum weitestgehenden Teil im Ammoniakprozeß, zum kleineren Teil nach dem Leblanc-Verfahren dargestellt. Die Produktion von rauchender Schwefelsäure und Anhydrid findet in größtem Maßstabe nach eigenem patentierten Verfahren statt. Zurzeit beschäftigt die Gesellschaft etwa 1600 Beamte und Arbeiter. Die Dividende für 1907 und 1906 betrug je 20 Prozent gegen 19 Prozent in den beiden vorangegangenen Jahren. Und das sind die Leute, die den Arbeitstagen angeblich „nicht ertragen“ können! Unsere Organisation muß es ihnen beibringen.

X Unglücksfall in der Anilin. Am Freitag, dem 10. Juli, verunglückte der 44 Jahre alte Expeditionsarbeiter K. d. r. aus Mundenheim, indem er zwischen einer Mauer und einem rollenden Eisenbahnwagen geriet. Er wurde ins Krankenhaus geschafft, wo er schwer verletzt darniederliegt. Bisher wurden in diesem Betriebe der Regel nach nur Leute im Alter von 20 bis 25 Jahren eingestellt. Kürzlich bekamen sechs Mann dieser rüstigen Leute Uebertrittsscheine und der Fabrikante K. d. r., bei der Firma Krug beschäftigt, wurde an diese Arbeit gestellt. Im Augenblick der Gefahr riefen die Mitarbeiter dem Vorgesetzten zu, was dieser jedoch infolge seiner Höflichkeit nicht beachtete. Auf solche Art hüben Arbeiter in der Anilin ihre Gesundheit oder eventuell ihr Leben ein.

X Greppin. In der am 8. Juli stattgefundenen Mitgliederversammlung erstattete der Kassierer, Kollege Selleng, den Kassierbericht vom 2. Quartal 1908. Schanz kritisierte wurde von verschiedenen Kollegen das Verhalten der hiesigen Anilinfabrik, welche sämtliche Löhne um 10 Prozent gekürzt hat. Es wird ein Anfangslohn von 28 Pfg. gezahlt, welcher in zwei Jahren auf 31 Pfg. steigt. Bisher wurden bei 10 1/2 stündiger Arbeitszeit 11 Stunden bezahlt. Diese halbe Stunde ist nun kurzerhand abgezogen worden. Die Direktion weiß ja, was sie ihren Arbeitern bieten kann, weil diese nicht organisiert sind. Im Mai wurden Anträge auf Lohnerhöhung gestellt, jedoch abgelehnt „wegen schlechten Geschäftsganges“. Aber nach dem letzten Geschäftsbericht war doch der Geschäftsgang ein günstiger. Es konnten bei Abschreibungen von 3 Millionen noch 22 Prozent Dividende verteilt werden an die armen Aktionäre. Die Arbeiter aber fühlen diese Vorkürzung noch gar nicht. Es haben sich bei der letzten Agitation 18 Mann dem Verbande angeschlossen. Was bedeutet das für die Tausende von Arbeitern der hiesigen Industrie? Ohne Preis kein Preis!

X Griesheim b. Höchst a. M. Am Sonnabend, 4. Juli, wurden aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der Chemischen Fabrik Griesheim (Griesheim) eine Anzahl Wohlfahrtsbauten eingeweiht, wozu auch eine Anzahl Honoratioren eingeladen waren. So unter anderem der Regierungspräsident Dr. v. Meißner-Wiesbaden, Landrat Wachenbach-Höchst, Oberbürgermeister Widder-Frankfurt u. a. Professor Röhms, der Leiter des Werkes, machte einige Mitteilungen über die Ausdehnung des Betriebes. Aus kleinen Anfängen ist die Fabrik entstanden, jetzt sei ein Grundbesitz von 432 Hektaren vorhanden, wovon 28 Hektar mit 54 Wohnungen für Beamte und 330 Wohnungen für Arbeiter bebaut sind. Die Zahl der beschäftigten Arbeiter beträgt 4500, dazu kommen 365 Beamte. Auch der großen Explosion vor fünf Jahren wurde gedacht und der Regierung, die sich damals sehr hilfreich gezeigt habe, der Dank ausgesprochen. Fünfmalhunderttausend Mark sind ausgenommen anlässlich des Jubiläums, namentlich für Wohlfahrtsanrichtungen. Dafür wurde u. a. ein großes Konsumhaus gebaut, in dem die Arbeiter gegen bar kaufen können; im vergangenen Jahre wurden im Konsum 12 Prozent ausbezahlt. Außerdem ist man eine Bibliothek mit 5000 Bänden, einen Lesesaal, ein Kasino mit Küche, einen Saal für Volksvorlesungen, eine Haushaltungsschule, ein Wohnheim für eine Fabrikarbeiterfamilie. Der Regierungspräsident von Meißner brachte die Glückwünsche der Regierung und teilte mit, daß er schon als Landrat dem Betrieb großes Interesse entgegen gebracht habe. Einer größern Anzahl von Arbeitern, die 25 Jahre im Betriebe sind, wurden Auszeichnungen verliehen. — So der Bericht der bürgerlichen Presse. Von den Tausenden von Arbeitern, die dazu beigetragen haben, der Fabrik-Gesellschaft zu ihrem Jubiläum zu verhelfen, kein Wort! Auch keine Mitteilung darüber, wieviel Arbeiter in den 50 Jahren Leben und Gesundheit in diesem Geschäftsbetrieb eingebüßt haben! Und doch wäre es so interessant gewesen, dies zu erfahren. Die Zahl derjenigen Arbeiter, die Leben und Gesundheit im Dienste des chemischen Kapitals eingebüßt haben, muß eine erschreckend hohe sein. Aber warum ist auch nur solche „unbillige“ Frage beschäftigt? Die Arbeiter aber verzichten auf diese Art von Wohlthaten und haben es nicht notwendig, Anzeigen zu empfangen. Mehr Lohn, kürzere Arbeitszeit und bessere Behandlung, das ist, was dem Arbeiter nur tut. Aber da hier es in Griesheim noch sehr schlimm aus. Löhne von 32 Pfg. die Stunde und 24 Stundenlöhnen sind an der Tagesordnung infolge der Krisis, ferner Entlassungen, Lohnkürzungen und Strafen. Haben die Honoratioren anlässlich des Jubiläums jedem Arbeiter nur hundert Mark Lohn mehr pro Jahr zugesichert, so wäre dies eine Preisvergabe von 450 000 Mark gewesen. Die Aktionäre können dann immer noch 3 Millionen unter sich verteilen. Einiges für allerdings das Jubiläum für die Arbeiter gehabt: die Fabrik wurde einmal gründlich gereinigt, besonders die gefährlichsten Räume wurden beachtet. Die ganze Woche wurde geschlossen und gefeiert. Alles wurde in Ordnung gebracht, sämtliche Salpetersäure- und andre Flaschen wurden mit Wasser verlesen, die ganze Woche wurde nicht gearbeitet, damit ja die Herren Regierungsbeamten die großen Gese nicht werden sollten, welche die Arbeiter sonst einarmen würden. Die Arbeiter haben sich wie neugeborene gefühlt. Jetzt, wo das Jubiläum vorbei ist, wird wieder eingehakt werden, was an Wohlstandsmaßnahmen ausgenommen wurde. Wie lange noch wollen die Arbeiter solcher Beschäftigung ruhig zusehen?

X Schweinfurt. Bei den vereinigten Ultramarinfabriken (Schweinfurt) hat der erste Betriebsrat durch einen Antrag die Arbeiter zu den besten Bedingungen zu verpflichten. Der Betriebsrat besteht aus 12 Mitgliedern, die von den Arbeitern gewählt sind. Der Betriebsrat hat die Aufgabe, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und die Verhandlungen mit der Direktion zu führen. Der Betriebsrat hat die Aufgabe, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und die Verhandlungen mit der Direktion zu führen. Der Betriebsrat hat die Aufgabe, die Interessen der Arbeiter zu vertreten und die Verhandlungen mit der Direktion zu führen.